Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4186/4188

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin C 25 61, Zeitungsplatz 5
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund bejahender Zustimmung gestattet. Abbestellung kostenlos 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders verlangt. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den [illegible]

Entweder - oder!

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat einen sehr bemerkenswerten Beschluss angenommen, in dem es mit grosser Deutlichkeit und Schärfe von den Terrorakten einzelner Mitglieder der Partei abrückt und für den Fall ihrer Wiederholung die schärfsten disziplinarischen Massnahmen androht. Dass es dabei nicht ohne einen Seitenhieb gegen die Sozialdemokratie als "die soziale Hauptstütze der Bougeoisie" abgeht, versteht sich von selbst. Doch das interessiert uns nur verhältnismässig wenig, weniger jdenfalls als die Tatsache, dass es nach der Feststellung in der doch angeblich so einigen Kommunistischen Partei noch immer einen rechten, vor der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zurückweichenden Opportunismus und ausserdem eine "linke Gefahr" gibt. Aber das wesentliche bleibt doch die entschiedene Verurteilung des Terrorismus, die, ohne natürlich die Idee der Revolution und des Massenselbstschutzes aufzugeben, jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für unzulässig erklärt. Ob der Beschluss vielleicht mit den in letzter Zeit umlaufenden Gerüchten von der Absicht eines Verbots der Partei zusammenhängt, mag dahingestellt bleiben: jedenfalls ist er vernünftig und hoffentlich wird ihm allgemein entsprochen. Damit wäre dann auch wenigstens eines der Hindernisse beseitigt, die leider einem gemeinsamen Abwehrkampf des gesamten Proletariats gegen den Faschismus entgegenstehen.

Nun haben ja auch die Nationalsozialisten immer wieder durch den Mund einzelner ihrer Führer Legalitätsschwüre ablegen lassen. Aber gar nicht davon zu reden, dass dieses Bekenntnis zur Gesetzlichkeit bei sehr vielen ebenfalls an prominenter Stelle stehenden Hitlerleuten eine höchst merkwürdige Auslegung gefunden hat, sieht die Praxis doch wesentlich anders aus. Es häufen sich die Mordtaten und die sonstigen Gewaltakte, die von den SA-Truppen begangen werden In einzelnen Orten und einzelnen Gegenden ist ein völliges Terrorregiment dieser Prätorianer-Garden aufgerichtet, und die mit ihnen nicht sympathisierende Bevölkerung, nicht zuletzt die Mitglieder des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Dass bei den sich immer wiederholenden Zusammenstössen gelegentlich auch Hakenkreuzler zu Schaden kommen, ist richtig, aber so gut wie in allen Fällen haben sich ihre Gegner in der Abwehr befunden, und um sich klar zu werden, auf welcher Seite die Schuld an der öffentlichen Unsicherheit liegt, braucht man sich doch nur vor Augen zu halten, dass vor dem Erstarken des Nationalsozialismus politische Zusammenstösse mit blutigem Ausgang, wie sie sich heute Tag für Tag ereignen, zu den allergrössten Seltenheiten gehörten.

Daneben die Befehle, die die leitenden Stellen der Hitlerschen Privatarmee ausgeben! Sie klingen wie die Anordnung zu einer unmittelbar bevorstehenden gewaltsamen Aktion für die Machtergreifung. Sie beweisen auf jeden Fall, dass hier ein Instrument vorhanden ist und gehandhabt wird, das sich gegen den heutigen Staat und gegen die Parteien und Klassen richtet, die ihn tragen. Sie stehen im schärfsten Widerspruch zu allen Legalitätsbeteuerungen,

die sich immer mehr als Sand in die Augen derer herausstellen, die ohnehin nicht sehen wollen.

Lassen alle diese Einzelakte und diese Mobilmachungsordres nun für die nächste Zeit - nur von ihr können wir reden - auf die Absicht eines rechtsradikalen Putsches schliessen? Sicher gibt es in den Reihen der SA zahlreiche, die nicht nur mit solchen Plänen spielen, sondernsie auch zu fördern und zu verwirklichen bestrebt sind. Aber es ist anzunehmen, dass die oberste Leitung das Abenteuer nicht will, jedenfalls jetzt noch nicht will. Das Risiko ist ihr zu gross. Sie weiss, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach an den Machtmitteln, die dem Staat - und der Arbeiterschaft - zur Verfügung stehen, scheitern würde, und dass ein Fiasko für die nationalsozialistische Bewegung verhängnisvoll werden müsste. Wenn sie trotzdem ihre Hetz- und Rüstungskampagne führt, so verfolgt sie damit zunächst den Zweck, die Bevölkerung zu beunruhigen und in Schrecken zu versetzen. Es ist die Strategie der Zermürbung, durch die vor allem das Bürgertum, soweit es noch ausserhalb des Hitlerlagers steht, dazu gebracht werden soll, seinen Widerstand gegen die Rechtsregierung aufzugeben. Und man muss zugeben, dass diese Taktik nicht ohne Erfolg bleibt. Es mehren sich die Stimmen derer, die verängstigt die nationalsozialistische Machtergreifung für unvermeidbar erklären und daher bereit sind, den Faschisten den Weg frei zu machen.

Man kann das begreifen, aber doch nur deshalb begreifen, weil die Stellen, die die Pflicht haben, den Staat gegen seine Angreifer zu verteidigen, diese Pflicht gar nicht oder nur höchst unzureichend erfüllen. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit ist aufs schwerste bedroht. Das Leben deutscher Republikaner ist mehr gefährdet als das Leben eines Menschen im finstersten Balkan. Eine Privatarmee hat sich organisiert, übt Terrorakte aus oder masst sich Polizeirecht an. Man geht gegen die einzelnen Uebeltäter vor, aber schon die Gerichte versagen zum guten Teil, und bei der Reichsregierung vermisst man bis heute den Entschluss, das Uebel an der Wurzel zu fassen und eine wirklich entschlossene Frontstellung gegen die nationalsozialistischen "Revolutionäre" einzunehmen.

Nun aber ist die Existenz des Kabinetts Brüning darauf gegründet, dass der antifaschistische Teil des deutschen Volkes an den ehrlichen Willen der Regierung glaubte, die nationale Opposition von der Macht fernzuhalten, und besondere die Sozialdemokratie hat ihm nur deshalb ihre Unterstützung geliehen. Sie toleriert das Kabinett nicht, um ihm die Möglichkeit zur Tolerierung des nationalsozialistischen Treibens zu gewähren. Und was die kleinen Splitterparteien angeht, so kann sehr bald der Moment kommen, in dem sie einer durch den Staat nicht eingedämmten Zermürbungspolitik nicht länger stand halten werden.

Will die Regierung die Linie innehalten, auf der sie angetreten ist, so muss sie sich endlich zu Entschlüssen aufraffen. Lässt sie die Dinge treiben, lässt sie in einem kaum noch latent zu nennenden Bürgerkrieg den Widerstand derer, die ihr bisher unter schweren Opfern den Rücken gestärkt haben, zerreiben, dann ist es mit ihr zu Ende, und es wäre besser gewesen, sie hätte erst gar keinen Anfang gemacht. Will man jetzt in der Stunde der äussersten Gefahr die Flinte ins Korn werfen, so hätte Brüning richtiger gehandelt, wenn er sich zuvor einem gemeinsamen Regieren mit der äussersten Rechten nicht widersetzt hätte. Es gibt nur die beiden Möglichkeiten: entschlossene Abwehr oder Kapitulation. Vor diesem Entweder-Oder stehen die leitenden Stellen. Dazwischen gibt es nichts. Einer verhängnisvollen Entwicklung mit verschränkten Armen zusehen ist keine Politik.

SPD. Paris, 13.November (Eig.Drahtb.)

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission trat am Freitag-Vormittag zum erstenmal im Festsaal des Innenministeriums unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Gignoux zusammen.

Ministerpräsident Laval, der, ebenso wie Botschafter von Hoesch, dem Be-

ginn der Sitzung beiwohnte, hiess die deutsche Delegation in einer kurzen Rede willkommen und sprach den Wunsch aus, dass die Arbeiten der Kommission schnell zu konkreten Ergebnissen führen möge. Staatssekretär Trendelenburg dankte dem Ministerpräsidenten für seine Worte und gab im Namen der deutschen Regierung den gleichen Wünschen wie Laval Ausdruck. Anschliessend begann ein allgemeiner Meinungsaustausch über das Arbeitsprogramm der Kommission.

Nachmittags traten die deutschen und die französischen Vorsitzenden der verschiedenen Unterausschüsse getrennt im Innenministerium bezw. im Handelsministerium zusammen, um mit der Aufstellung des Programms jedes Ausschusses zu beginnen.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags tritt am Montag zu einer Trauersitzung für Friedrich Bartels zusammen.

SPD. Graz, 13.November (Eig.Drahtb.)

Am Freitag wurde hier der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie eröffnet. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist durch den Chefredakteur des "Vorwärts" Friedrich Stampfer vertreten.

Den Bericht der Parteivertretung und der Parlamentsfraktion erstattete Abg. Dr. Deutsch. Die Organisation hat sich trotz der schweren Krise gut behauptet. Vergebens sind Hakenkreuzler und Kommunisten gegen die Partei angerannt. Vielmehr ist die österreichische Sozialdemokratie im letzten Jahre zu einer Massenorganisation geworden.

In der Sitzung Sonnabend-Vormittag wird Otto Bauer das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage erstatten.

SPD. Paris, 13.November (Eig.Drahtb.)

In der Kammer begann am Freitag die Interpellationsdebatte über die Arbeitslosigkeit mit der Rede des Autonomisten Stürmel, der besonders auf die Notlage der elsässischen Textilindustrie und die durch die Schliessung zahlreicher Fabriken hervorgerufene Arbeitslosigkeit hinwies. Er verlangte zur Verminderung der Arbeitslosigkeit Massnahmen wie die Verminderung der den Gemeinden auferlegten Lasten und die Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten. Das schwach besetzte Haus schenkte den Ausführungen Stürmels wenig Aufmerksamkeit.

Der zweite Redner war der Nationalist Taittinger, dessen provozierende Sprechweise zu zahlreichen Unterbrechungen von seiten der Sozialisten und Kommunisten Anlass gab. Er verlangte Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung über die gesetzlich festgelegte Frist von einem halben Jahr hinaus, ferner Wohnungsbeihilfen, Steuererleichterungen und andere Massnahmen für die Arbeitslosen. Das wichtigste sei aber, so erklärte Taittinger, die Beschaffung von Arbeit, Zu diesem Zweck müsste vor allem die Einwanderung ausländischer Arbeiter für einige Zeit gesperrt werden. Erklärungen anderer, weniger bekannter Interpellanten füllten den Schluss der Sitzung aus.

Der Ministerpräsident empfing am Freitag-Vormittag eine Abordnung der nordfranzösischen Senatoren und Abgeordneten, die ihm zur Beseitigung der Absatzkrise und der Arbeitslosigkeit in der Kohlenindustrie folgende Vorschläge unterbreiteten: Erhöhung der Einfuhrlizenz für Hausbrandkohle, Beschränkung der Einfuhr für Industriekohle, Erhebung einer Devisen-Ausgleichsteuer auf die aus dem Ausland eingeführte Kohle, die sich nach dem Kurs der Währung des betreffenden Landes richtet, und den Bau eines Kanals, der das nordfranzösische Grubenbecken mit Paris verbindet. Der Ministerpräsident versprach, die Vorschläge mit den zuständigen Ministern zu prüfen.

SPD. Der sozialdemokratische "Hessische Volksfreund" veröffentlicht eine Liste der Nationalsozialisten, auf der zahlreiche Persönlichkeiten des politischen Lebens verzeichnet sind, die nach der Uebernahme der Macht durch Hitler verhaftet werden sollen. Die Liste enthält eine genaue Angabe der Wohnungen der genannten Personen und ihres Amtes, in dem sie gegebenenfalls auf legalem Wege geschnappt werden können. Die hinter jedem Namen befindliche Bemerkung "s.Personalblatt" lässt erkennen, dass in einer besonderen Karthotek alle missliebigen Personen geführt werden. Man vermutet wohl nicht zu Unrecht - so bemerkt der "Hessische Volksfreund" weiter - dass auf diesem Personalblatt schon das Urteil fertig ist, das den zu Verhaftenden erwartet. Bemerkenswert an der Liste ist, dass auf ihr Personen aller politischen Kreise verzeichnet sind, nur keine Kommunisten.

SPD. Paris, 13.November (Eig.Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Freitag-Vormittag wieder eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die sich auf die Reparationsverhandlungen bezog. Ein Fortschritt ist bisher nicht zu verzeichnen, da die französische Regierung weiter an ihrer Forderung betreffend Beschränkung der Vollmachten des Sachverständigen-Ausschusses auf die im Young-Plan vorgesehenen Revisionsmöglichkeiten festhält, während die Reichsregierung fordert, dass die Sachverständigen auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von neuem prüfen, damit ihre Feststellungen eventuell als Grundlage für die Ausarbeitung eines anderen Zahlungsplans dienen können.

SPD. Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Sie verlangt eine Stellungnahme der Reichsregierung zum japanisch-chinesischen Krieg und zur Haltung des Völkerbundes in diesem Konflikt.

Da Präsident Löbe einige Tage fern von Berlin weilt, so wird sich die Entscheidung über diesen Antrag verzögern.

SPD. Bad Kreuznach, 13.Nov. (Eig.Dr.)

Der Pfadfinderführer Zumsteg wurde von dem hiesigen Schöffengericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Reichsbannermann einen Bauchschuss und mehrere andere Schussverletzungen beigebracht hatte, sodass dieser mehrere Monate im Krankenhaus lieger musste. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, dass er in "Angstpsychose" gehandelt habe. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

SPD. Die Trauerfeier für den verstorbenen Landtagspräsidenten Bartels am Montag nachmittag wird durch Rundfunk übertragen werden. Die nächste Plenarsitzung des Landtages, am 24.November, wird durch einen der Vizepräsidenten mit einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten eröffnet werden. Hierauf wird man zum Zeichen der Trauer die Sitzung um eine Stunde vertagen.

SPD. Washington, 13.November (Eig.Dr.)

Das amerikanische Marinebudget für das nächste Jahr wurde auf 343 Millionen Dollar festgesetzt. Das sind im Vergleich zu dem diesjährigen Budget 17 Millionen Dollar weniger.

SPD. Dresden, 13.November (Eig.Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt: Die Kommunistische Partei hat mehr als 1000 Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Auflösung des Landtags beigebracht. Damit hat sie die gesetzliche Voraussetzung zur Zulassung eines Volksbegehrens erfüllt. Das Gesamtministerium hat deshalb die Zulassung des Volksbegehrens beschlossen und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 2. bis 15.Dezember 1931 festgesetzt.

SPD. Kiel, 13.November (Eig.Drahtb.)

In einer von weit mehr als 1800 Menschen besuchten öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung sprach in der Debatte u.a. der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Meyer-Quade, obwohl es bisher den Nazis verboten war in sozialdemokratischen Versammlungen zu reden. Besonders interessant waren die Feststellungen Meyer-Quades, die sich auf die Harzburger Front und besonders auf die Rolle Hugenbergs bezogen. Der Naziabgeordnete erklärte, gewiss seien die Nazis mit Hugenberg zusammen gewesen, aber sie hätten keinen Augenblick vergessen, dass Hugenberg und seine Anhänger die soziale Reaktion gewesen seien und bleiben werden. Sie würden sich über Hugenberg und seine Freunde keinerlei Täuschung hingeben und sie seien überzeugt, dass auch Hugenberg sich über die sehr beschränkte Rolle klar sei, die er im Rahmen der nationalen Front spiele und auch die Gegnerschaft der Nazis zu ihm kenne.

Was sagt nun Herr Hugenberg dazu?

SPD. Dresden, 13.November (Eig.Drahb)

In Dresden haben sich in den letzten Tagen tolle Zustände entwickelt. Es häufen sich die Uebergriffe der Hitlerleute. In den Vororten liegen auswärtige SA-Abteilungen. Fortgesetzt werden auf der Strasse friedliche Passanten belästigt. Wiederholt wurden Sozialdemokraten und Reichsbannerleute überfallen. Flüchtende Einwohner wurden bis in die Häuser verfolgt. Am Donnerstag abend wurde ein Sozialdemokrat und Reichsbannerkamerad von einer Nazikolonne von 70 Mann, die zum Sturm 50 gehören, auf der Strasse überfallen. Mit einem Schlaginstrument wurden ihm schwere Wunden am Kopf beigebracht.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags ist für Mittwoch, den 9.Dezember einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht eine ganze Reihe von Anträgen, die dem Reichstage schon seit längerer Zeit vorliegen, z.B. Anträge auf Straferlass für Landwirte, die Widerstand bei Steuereintreibungen geleistet haben, auf Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist und auf Schutz der christlichen Feiertage. An letzter Stelle stehen auch die Anträge auf der Tagesordnung, die dem Ausschuss während der letzten Sitzungsperiode des Reichstags überwiesen worden sind. Diese Anträge fordern die Festsetzung des 1.Mai und des 11.August als gesetzliche Feiertage, die Einstellung der Zahlungen des Reichs und der Länder an Kirchen- und Religionsgesellschaften und eine neue vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern.

SPD. München, 13.November (Eig.Drahtb.)

Das Münchener Amtsgericht verurteilte am Freitag die verantwortlichen Redakteure des "Vorwärts", des "Achtuhr-Abendblattes", Berlin und der "Münchener Post" wegen verleumderischer Beleidigungen des Nazi-Chefredakteurs Rosenberg zu je 500 Mark Geldstrafe.

Alle drei Zeitungen hatten im Oktober vorigen Jahres aus dem "Nationalsozialist" Otto Strassers die Behauptung übernommen, Rosenberg sei früher russischer Staatsangehöriger und während des Krieges in Paris im Sinne der Entent tätig gewesen. In der Verhandlung erklärt der Vertreter des Klägers, Rosenberg sei nur einmal in Paris gewesen und zwar im Frühjahr 1914 zum Besuch seiner damaligen Braut. Die Verteidiger entgegneten, dass in der Behauptung überhaupt keine Beleidigung zu erblicken sei, denn als russischer Staatsangehöriger wäre in einer Betätigung für die Entente nichts Ehrenrühriges zu erblicken. Auf die Frage, warum Rosenberg im übrigen nicht den "Nationalsozialist" als den Urheber der Behauptung verklagt habe, wurde keine Antwort gegeben. Aus einer gemeinsamen Erklärung der Beklagten ging hervor, dass selbst in der Hitlerpartei lange Zeit Gerüchte über die dunkle Vergangenheit Rosenbergs umgegangen sind. Auch der Reichstagsabgeordnete Göring hat einmal im Restaurant des Reichstages im Gespräch mit Freunden erklärt: "Der Kerl soll endlich einmal sagen, wo er sich während des Krieges aufgehalten hat." Göring machte diese Äusserung auf Grund einer Unterhaltung mit dem Münchener Privatgelehrten Dr. Hanfstängl, der als Zeuge in der Verhandlung folgendes aussagte: Vor etwa 9 Jahren habe er selbst eine Unterhaltung mit Rosenberg gehabt und aus dieser den Eindruck gewonnen, dass Rosenberg nach der Revolution in Paris gewesen sei. Ob es sich um die russische oder um die deutsche Revolution gehandelt habe, könne er heut nicht mehr sagen. Er erinnere sich auch nicht mehr an die Äusserung Rosenbergs dass er während des Krieges in Paris war.

SPD. Die Nachricht von dem Hinscheiden des Präsidenten des Preussischen Landtages Bartels wurde dem Reichspräsidenten durch den Vizepräsidenten des Preussischen Landtages Dr. von Kries übermittelt. Auf diese Nachricht hat der Herr Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben an den Vizepräsidenten des Preussischen Landtages seine Teilnahme und sein Beileid zu dem schweren Verlust ausgesprochen, den der Preussische Landtag erlitten hat.

SPD. Magdeburg, 13.November (Eig.Dr.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident hat an die hiesige Leitung der NSDAP folgende schriftliche Warnung gerichtet:

"In letzter Zeit sind wiederholt im Anschluss an öffentliche Versammlungen der NSDAP Schlägereien vorgekommen, bei denen fast durchweg SA-Angehörige beteiligt gewesen sind. Diese Fälle haben gezeigt, dass die NSDAP ihre Anhänger nicht durchweg in der Hand hat und nicht darauf hinwirken kann, dass ein friedliches Auseinandergehen ihrer Anhänger nach Versammlungsschluss unbedingt gewährleistet ist. Sollten derartige Vorfälle sich wiederholen, so würde ich bis auf weiteres nicht in der Lage sein, öffentliche Versammlungen der NSDAP genehmigen zu können. Ich glaube, dass diese Warnung genügt, um ihre Anhänger von Unbesonnenheiten und Reibereien mit politisch Andersdenkenden fernzuhalten."

SPD. Naumburg a.d.S., 13.Nov. (Eig.Dr.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete Hinkler wurde wegen schwerem Hausfriedensbruch zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Von der Anklage der Rädelsführerschaft (Aufruhr) und Gewalttätigkeit wurde er freigesprochen. Hinkler verweigerte während der Dauer der vierstündigen Verhandlung jede Antwort. Dies Verhalten wurde in einer langatmigen Erklärung der Verteidigung mit seiner Immunität als Abgeordneter begründet, die durch die Willkürherrschaft der Sozialdemokraten aufgehoben worden sei.

SPD. Leipzig, 13.November (Eig.Drahtb)

Der Reichswehrgefreite Friedrich Wagner von der 3.Batterie des Artillerie-Regiments 5 in Fulda wurde vom 4.Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ausserdem wurde die Ausstossung aus dem Heere angeordnet. Neun Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüsst.

Der Angeklagte ist geständig, in der Zeit vom 11.September 1929 bis zu seiner am 20.Januar 1931 erfolgten Verhaftung an französische Behörden militärische Nachrichten und Schriftstücke übermittelt zu haben.

SPD. New York, 13.November (Eig.Drahtb.

In Ecuador brach in der Nacht zum Freitag zu Gunsten des Expräsidenten Alba ein Aufstand gegen die Regierung aus. Die Regierung entsandte gegen die in der Provinz Eloro siegreichen Rebellen sofort ein starkes Aufgebot von Regierungstruppen. Der Kongress erteilte dem Präsidenten zur Bekämpfung des Aufstandes besondere Vollmachten.

SPD. Der Preussische Minister des Innern äusserte sich zu dem Berliner Korrespondenten des holländischen sozialistischen "Het Volk" ausführlich über die politische Situation in Deutschland. Er führte u.a. aus :

"Es wäre falsch, das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von politischen Demonstrationen als ein Zeichen unmittelbarer Gefährdung der Staatssicherheit zu deuten. Im Gegensatz zu den hin und wieder in der Öffentlichkeit auftauchenden Alarmmeldungen, die für die kommenden Wintermonate von unvermeidlichen grösseren blutigen Auseinandersetzungen sprechen, bin ich der Meinung, dass wir den Winter ohne grössere Erschütterungen bestehen werden. Die Machtmittel des Staates sind eher verstärkt als geschwächt und darum jedem Versuch, einen Umsturz gewaltsam herbeizuführen, durchaus gewachsen. Man überschätzt ausserhalb Deutschlands, und vielleicht auch in Deutschland selbstm hier und da die Putschdrohungen, die von den radikalen politischen Organisationen gelegentlich geäussert werden. Die steigende Millionenzahl von Anhängern, die die radikalen Parteien bei den letzten Wahlen aufzuweisen hatten, bedeuten keineswegs, dass alle diese Millionen mit den radikalen Zielen oder gewaltsamen Kampfmethoden der Extremen übereinstimmen. Gewiss gibt es sowohl bei den Nationalsozialisten wie bei den Kommunisten Gruppen, die an den Gewaltsamen Umsturz denken und ihn mehr oder weniger offen propagieren und sogar vorbereiten. Aber ich glaube, diese Gruppen sind sich selbst darüber klar, dass von den Millionen Wählern, die ihre Parteien gefunden haben, nur wenige bei einem solchen Versuch folgen würden, Denn diese Wähler haben nicht das nationalsozialistische oder kommunistische Parteiprogramm oder radikale Zerstörungs- und Terrormethoden bei ihrer Stimmabgabe gebilligt, sondern nur ihrer Stimmung über die trübe wirtschaftliche Lage Ausdruck gegeben, als sie ihren Wahlzettel für eine der radikalen Parteien abgaben.

Wenn auch für den Bestand des Staates keine unmittelbaren Gefahren entstehen, so haben doch leider die Vorgänge der letzten Monate gezeigt, dass es fast immer zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen kommt, die auch häufig blutig verlaufen. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ist angesichts dieser Gesamtsituation als vorliegend anzusehen und darum habe ich mich zu dem erwähnten Verbot entschlossen. Die preussische Polizei in ihrer Gesamtheit ist absolut verfassungstreu und zuverlässig. Es kann gar keine Rede davon sein, dass die Polizei nicht unbedingt jede Anweisung der Regierung befolgt. Gänzlich abwegig aber ist der Verdacht, dass es möglich sei, dass hier und dort im Falle des Einsatzes der Polizei Polizeibeamte mit den radikalen Elementen gemeinsame Sache machen würden. Die Polizei gehorcht der verfassungsmässigen Regierung und ist absolut fest in der Hand der Behörden. Dass ausgeschiedene Polizeibeamte sich bei den Kommunisten oder Nationalsozialisten betätigen, lässt gar keinen Rückschluss auf das Gegenteil des von mir Gesagten zu.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich gar nicht daran glaube, dass es in den kommenden Monaten zu planmässigen und grösser angelegten Versuchen, die Verfassung und die heutige Staatsform umzustürzen, kommen wird. Man unterschätzt im Ausland und manchmal auch im Inland das Missverhältnis, das zwische radikalen tönenden Reden und den wirklichen Kräften bei den Kommunisten und Nationalsozialisten besteht. Es soll zugegeben werden, dass es hier und da gelegentlich radikalen Hetzern lokal gelingen wird, verhetzte Bevölkerungsgruppe zu Tätlichkeiten aufzureizen. Deren wird die Polizei ohne grössere Schwierigkeiten Herr werden. Zu Putschversuchen grösseren Stils besteht meines Erachtens weder die Möglichkeit noch die Absicht. Selbstverständlich ist die Polizei wachsam, denn anders würde sie ihre Pflicht verletzen. Sollten aber im Ablauf der nächsten Zeit solche Pläne gesponnen und zu verwirklichen versucht werden, was anzunehmen bisher kein Anlass vorhanden ist, so ist die bewaffnete Macht des Staates stark genug, auch derlei wahnwitzige und verderbliche Versuch in ihren Anfängen zum Scheitern zu bringen."

SPD. Trier, 13.November (Eig.Drahtb.)

Der Grosse Disziplinarsenat beim Oberlandesgericht in Köln hat gegen den Amtsgerichtsrat Sidon, der kürzlich in betrunkenem Zustande mehrere Schüss auf die Wohnung des Gewerkschaftssekretärs Jakobs in Trier abgab, das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet. Sidon wurde zugleich vom Amte suspendiert.

SPD. London, 13.November (Eig.Drahtb.)

Die Indienkonferenz ist am Freitag mit einem Misserfolg zu Ende gegangen. Der Premierminister musste als Vorsitzender des Minderheitenaussdhusses feststellen, dass eine Einigung über die Frage der Beteiligung der verschiedenen Minderheiten an der Zentral- und Provinzialverwaltung nicht erreicht werden konnte und dass damit die Aufgabe der Konferenz, nämlich in gemeinsamer Arbeit zwischen Vertretern Indiens und Englands eine freuheitlichere Verfassung für Indien herzustellen, ungelöst bleiben müsse, da die Lösung der Minderheitenfrage die absolut notwendige Voraussetzung für eine selbständige Verfassung Indiens ist.

Was soll nun geschehen? Der Premierminister schlug vor, die Berichte der Unterausschüsse in wenigen Tagen einer letzten Vollsitzung der Konferenz vorzulegen und stellt für diese Gelegenheit eine abschliessende Erklärung der Regierung über ihre Indienpolitik in Aussicht. Nachdem es nicht gelungen ist, zusammen mit Indien eine Verfassung auszuarbeiten, bleibt nur die Möglichkeit, dass die britische Regierung eine solche Verfassung einführt, die freiheitlich genug ist, von Indien angenommen zu werden, und die gleichzeitig die Rechte

Englands soweit wahrt, dass die Konservativen im englischen Parlament sie billigen. Eine solche Verfassung müsste natürlich eine Lösung der Minderheitenfrage einschliessen, welche den Frieden in Indien sichert. Ist eine solche Lösung überhaupt zu finden?

Bereits vor fünf Wochen hatten die Hindus und Moslems den Delegierten erklärt, dass sie zu keiner Einigung gelangen könnten. Das kürzlich erreichte Abkommen zwischen den Moslems und kleineren Minderheiten hatte vorübergehend Hoffnungen erweckt, dass nun doch noch eine Einigung zwischen Moslems und Hindus herbeizuführen sei. Das hat sich als unmöglich erwiesen, da das erwähnte Abkommen die von der Majorität, nämlich den Hindus, aufgestellten Grundsätze völlig ignoriert. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der indischen Delegierten tritt angesichts des völligen Scheiterns dafür ein, dass der Premierminister selbst einen Vermittlungsvorschlag zur Lösung der Minderheitenfrage vorlegt. Hat die englische Regierung einen Vorschlag, der Aussicht hat angenommen zu werden, in Bereitschaft und will sie die Verantwortung dafür übernehmen? MacDonald scheint zu zögern. Es ist verständlich, denn er hat nicht nur mit den indischen Nationalisten zu rechnen, die den Minderheiten kein Recht auf Indien zubilligen sondern auch mit den Nationalisten im eigenen Land, die Indien keine Freiheit gönnen.

SPD. Zu einer Weltkonferenz der Gewerkschaften hat der Internationale Gewerkschaftsbund auf seiner Berliner Vorstandssitzung den Amerikanischen Gewerkschaftsbund eingeladen. Der Vorstand hat um Antwort bis Sonnabend gebeten und vorgeschlagen, die Konferenz in der zweiten Januarhälfte in Paris abzuhalten. Sollte der Amerikanische Gewerkschaftsbund nicht in der Lage sein, zu diesem Zeitpunkt Delegierte zu schicken, dann ist der IGB bereit, die Konferenz auch zu einem anderen Zeitpunkt und an einem anderen Ort abzuhalten.

Das Zustandekommen der Konferenz hängt von der Haltung der Amerikaner ab. Findet die Konferenz statt, dann besteht begründete Hoffnung, dass neben den Gewerkschaften Europas auch Delegationen aus Australien, Japan, Indien, Latein-Amerika und Kanada an der Tagung teilnehmen.

SPD. Madrid, 13.November (Eig.Drahtb.)

Der spanische Exkönig Alfons ist von dem Staatsgerichtshof der Majestätsbeleidigung gegen das souveräne Volk und der militärischen Rebellion für schuldig befunden worden. Das Urteil lautet auf Aberkennung aller Rechte, Würden und Titel. Falls der Exkönig nationales Gebiet betreten sollte, wird er auf lebenslänglich in Haft genommen werden. Sollte sein Erscheinen den Bestand der Republik gefährden, so soll er hingerichtet werden.

Die Nationalversammlung tritt in der nächsten Woche zu einer Geheimberatung über die Anklageschrift und das Urteil zusammen. Sobald die Nationalversammlung dem Urteil zugestimmt hat ist es rechtskräftig.

SPD. London, 13.November (Eig.Drahtb.)

Um den Liberalen zuvorzukommen, die allen Grund hätten den Konservativen vorzuwerfen, dass sie die Einigkeit der "nationalen Regierung" mit ihrem Drängen auf Schutzzölle gefährden, hat Sir Austen Chamberlain am Freitag im Unterhaus den Spiess herumgedreht und den Führer der Liberalen Sir Herbert Samuel beschuldigt, nicht entsprechend der Einigkeit der Regierung zu handeln. Austen Chamberlain protestierte gegen die Verletzung der parlamentarischen Tradition, die er darin sieht, dass Herbert Samuel die Absicht bekundet habe, an den wöchentlichen Beratungen des liberalen Schattenkabinetts teilzunehmen. Das verträge sich weder mit der Verpflichtung jedes Kabinettsmitgliedes, das Geheimnis über die Regierungsbeschlüsse zu bewahren, noch mit der Einigkeit einer nationalen Regierung, die verlange, dass ihre Mitglieder keine parteilichen Sonderverhandlungen führen.

Aus aller Welt

Das Schicksal des Flettnerschiffs.

Ende des Rotors? - "Baden-Baden" alias "Buckau" - Aber die "Barbara" fährt.

SPD. Aus New York wird gemeldet, dass das Flettnerschiff "Baden-Baden" auf einer Küstenfahrt auf der Höhe von Rio Hache in einen Sturm geraten und mit fünf Mann gesunken ist; unter den Ertrunkenen befinden sich auch zwei Deutsche: der Kaufmann Hans Lau, der jetzige Besitzer des Schiffes, und sein Kompagnon Adolf Schenk. Die übrigen 11 Mitglieder der Besatzung konnten durch den amerikanischen U-Boot-Tender "Swan" gerettet werden.

Es ist zur Zeit sieben Jahre her, seit der Name Anton Flettner zum ersten Male auftauchte. Flettner ist Süddeutscher aus der Frankfurter Gegegend. Schon früher hatte er als junger Ingenieur eine interessante Erfindung gemacht: er hatte das Flettner-Ruder konstruiert, das vielfache Anwendung fand. Dieses Ruder wollte die Steuermaschine bei grossen Schiffen überflüssig machen; Flettner erreichte dies dadurch, dass er an das grosse Hauptruder ein kleines, leicht mit der Hand zu bedienendes Nebenruder setzte. Wurde es gedreht, so entstand im Wasser eine Strömung, die das Hauptruder selbsttätig in die gewünschte Richtung einstellte. So bemerkenswert diese Erfindung auch war, zur Berühmtheit verhalf sie Flettner nicht. Das blieb dem Rotor vorbehalten.

Die Physik kennt seit langem den sogenannten Magnus-Effekt: schnell rotierende zylindrische Geschosse werden, wie der Physiker Gustav Magnus schon 1852 entdeckte, durch unregelmässige, bei der Drehung entstehende Luftströmungen aus der Bahn gelenkt. Flettner setzte diese theoretische Erkenntnis in die Praxis um. Er baute ein Modellschiff, das weder Schiffsschrauben noch Segel sondern nur zwei hohe Zylinder besass, die durch einen schwachen Motor gedreht wurden. Dieses Schiff fuhr bedeutend schneller als ein Segelboot.

Der physikalische Vorgang beim Rotorprinzip ist einfach wie der Grundgedanke jeder grossen technischen Neuerung. Der Wind trifft auf den Rotor, der sich im Uhrzeigersinn dreht. Dadurch wird die Luft hinter dem Rotor von rechts nach links hinübergedrückt. Hinter dem Rotor entsteht also ein "Plus", eine beschleunigte Strömung; vor dem Rotor, in der Fahrtrichtung, entsteht ein "Minus", ein Sauggebiet, das den Rotor und damit das Schiff vorwärtssaugt.

Als die ersten Erfolge mit Flettner-Rotoren einwandfrei feststanden, gab das Reich 1925 Geld für weitere Versuche. Das Segelschiff "Buckau" wurde mit Rotoren ausgerüstet. Es war natürlich ein primitives Experiment, etwa wie die Umwandlung einer Pferdedroschke in ein Auto. Aber die "Buckau" erfüllte ihren Zweck; sie paradierte im Rahmen von Interessentenvorführungen und festlichen Veranstaltungen. Der Flettner-Rummel, der damals von allen möglichen Seiten aufgezogen wurde, hat jedoch dem Erfinder einen schlechten Dienst erwiesen. Die eigentlichen Erwartungen wurden nicht erfüllt: keine kapitalkräftige Gruppe fand sich, die weitere Rotorexperimente finanzieren wollte - Experimente, die viele Millionen erfordert hätten. Der Industrie mag die ganze Angelegenheit allzu sehr als Jahrmarktszauber erschienen sein, die freiwilligen und unfreiwilligen Ausrufer hatten mehr versprochen, als damals schon gehalten werden konnte. Nicht, als ob etwa das Prinzip des Rotors sich als undurchführbar erwiesen hätte, im Gegenteil, alle Erfahrungen bestätigten Flettners Behauptungen. Aber man hatte sich getäuscht, wenn man geglaubt hatte, die "Buckau" sei

mehr als der erste Versuch mit der Rotorenschiffahrt; jahrelange Erfahrungen wären notwendig gewesen, um die wichtigste Eigenschaft des Rotors, nämlich seine Wirtschaftlichkeit. Stiller und stiller wurde es um Anton Flettner, und nun ist es seit Jahren das erste Mal, dass anlässlich des tragischen Ereignisses von Rio Hache sein Name wieder genannt wird.

Trotzdem beruht Flettners Verbindung mit dem untergegangenen Schiff auf einem Irrtum. Zwar ist die "Baden-Baden" mit der "Buckau", dem ersten Rotorschiff, identisch; aber die Rotoren der "Buckau" wurden, zugleich mit dem Namenswechsel, im Jahre 1927 wieder abmontiert. Statt dessen erhielt das Schiff Dieselmotoren. Man hatte kein Interesse mehr an der Rotor-Buckau, die ja nichts weiter sein sollte als ein auf Zeit berechnetes Demonstrationsobjekt.

Die neugetaufte "Baden-Baden" ging durch viele Hände; zuletzt wurde sie von dem in Costarica ansässigen Deutschen namens Hans J.Lau erworben, der jetzt den Tod in den Wellen gefunden hat. Es ist also ein Irrtum, wenn die "Baden-Baden" als "Flettnerschiff" bezeichnet und ihr Untergang auf Versagen der Rotoren zurückgeführt wird, die das Schiff seit vielen Jahren nicht mehr besessen hat!

Aber ein anderes Rotorschiff existiert. Ende 1926 wurde nach einem Entwurf Anton Flettners ein 3 000-Tonnen-Frachtschiff "Barbara" mit Rotoren versehen. Das Schiff gehört dem Reich und steht in Verwaltung der Hamburger Reederei Slomann. Es ist kein Parade- und Vorführungsschiff, sondern ein arbeitsames Fahrzeug, das den regelmässigen Frachtdienst von Hamburg zu den Mittelmeerhöfen versieht. Das Reich und die Reederei haben mit der "Barbara" auch in wirtschaftlicher Beziehung nur gute Erfahrungen gemacht, obwohl dieser umgebaute Dampfer natürlich ebenfalls nicht das Ideal eines Rotorschiffs darstellt. Es ist durchaus möglich, dass das Reich noch einmal auf seine für die Rotoridee aufgewandten Kosten kommt, wenn die Wirtschaftslage die Industrie wieder ermutigt, Neues in Angriff zu nehmen.

Flettner selbst hat sich nicht entmutigen lassen. Er hat ein "Abfallprodukt" seines Rotorgedankens aufgegriffen und ausgebaut: die Rotor-Entlüftung. Es wurde ein ganz grosses Geschäft. Seit drei Jahren sind mehr als 40 000 dieser Apparate in aller Welt in Gebrauch: auf Eisenbahnwagen, Autobussen, Strassenbahnen. Ein kleiner Alltagsgegenstand hat mehr Erfolg gebracht als der "grosse" Rotor.

Ela.

\+ + +

Die Lübecker "Aufklärung".

Dr.Jannasch äussert sich über seinen Calmette-Vortrag im Aerzteverein - Der Fall Grise.

SPD.Lübeck, 13.November (Eig.Drahtb.)

In der Freitagsitzung des Calmette-Prozesses gab Oberarzt Dr.Jannasch, der Leiter der Lübecker Tuberkulose-Fürsorgestelle an Hand eines Manuskriptes den Vortrag wieder, den er am 10.Januar 1930 im Aerzteverein über die praktischen und theoretischen Grundlagen der Schutzimpfung nach Calmette gehalten hat. Dieser Vortrag war durchaus kritisch gehalten. Der Zeuge ging in seinem Referat auch auf die Arbeiten von Petroff ein, der bereits damals die Unveränderlichkeit des BCG leugnete. Dr.Jannasch erwähnte dann noch, er habe in seinem Schlusswort ausgeführt, dass es sich bei der Schutzfütterung nicht um eine Massnahme handle, die sofort ihren Erfolg zeigen würde, sondern dass die freiwillige Arbeit der Aerzteschaft, der Hebammen und der Tuberkulosefürsorgestelle erst Jahrzehnte später Früchte tragen werde.

Eingehend wurde dann der Fall Grise erörtert. Das Kind Grise, das aus tuberkulösem Milieu stammt, ist schon im Dezember 1929, also vor der allgemeinen Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck mit Zustimmung der Mutter

geimpft worden. Mitte Januar 1930 zeigte das Kind einwandfreie tuberkulöse Erscheinungen. Zur Sicherstellung der Diagnose wurden die Drüsen des Kindes untersucht. Diese Krankheitserscheinungen wurden sowohl von Professor Deyke als auch von Dr.Jannasch als sichere Folgen einer Infektion durch die Mutter angesehen. Rechtsanwalt Dr.Frey: "Wenn Dr.Jannasch der Ansicht war, es handle sich hier um eine Infektion im Mutterleib, dann war die Untersuchung der Halsdrüsen doch überflüssig. Warum wurden die Halsdrüsen trotzdem untersucht?" Dr.Jannasch: "Wir hielten das für erforderlich... zur Bestätigung unserer Diagnose.... Ueberdies war dies der erste Fall einer kongenitalen Tuberkulose, den ich sah. So interessierte mich der Fall besonders."

Dr.Jannasch erklärte dann weiter: "Als Leiter der Fürsorgestelle habe ich Dr.Altstaedt bei der vorbereitenden Aufklärung des Publikums und bei der eigentlichen Organisation der Schutzfütterung weitgehendst unterstützt. Den aufklärenden Zeitungsartikel, der von Dr.Altstaedt im Februar in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht wurde, habe ich mit ihm besprochen; zu dem Inhalt gab ich meine volle Zustimmung. An der Abfassung der sogenannten Gelben Zettel, der Werbezettel für die Eltern, war ich ebenfalls beteiligt, desgleichen an dem Vortrag, den Dr.Altstaedt Ende Februar 1930 den Hebammen und Jugendfürsorgerinnen im Allgemeinen Krankenhaus gehalten hat." Nach Ansicht von Dr.Jannasch musste die Aufklärung der Bevölkerung durch die Hebammen und Aerzte erfolgen. In dieser Hinsicht, so führte er aus, sei aber in jeder Weise dafür gesorgt worden, dass die Eltern durch die Aerzte und Hebammen über den Charakter der Schutzfütterung wahrheitsgemäss aufgeklärt wurden. Fortsetzung der Verhandlung am Sonnabend.

✣ ✣ ✣

Begrüssung der Wegener-Expedition. Am Freitag vormittag traf das Schiff der Wegener- und Watkins-Expedition in Kopenhagen ein. An Bord waren u.a. der Engländer Watkins, ferner die Deutschen Dr.Kurt Wegener, der nach dem Tode seines Bruders die Grönland-Expedition weitergeführt hatte, Dr.Loewe, Dr. Weiken, Dr.Willcken und Dr.Holzappel. Die Expeditionsteilnehmer wurden von Ministerpräsident Stauning und im Namen der Reichsregierung von Staatsminister a.D.Schmidt-Ott begrüsst. Dr.Kurt Wegener dankte für die in Grönland genossene Gastfreundschaft.

✣ ✣ ✣

Die Sklarek-Spenden. In der Freitagverhandlung des Berliner Sklarekprozesses bestritten der angeklagte frühere Bürgermeister Kohl und der frühere Stadtrat Degner, von den Sklareks jemals bestochen worden zu sein. Ferner wurde von den angeklagten Brüdern Sklarek lebhaft Klage geführt über das in der Aera des Oberbürgermeisters Böss eingeführte Spenden-System. Die Berliner Stadtverwaltung habe nur diejenigen Firmen mit grossen Lieferungen gedacht, die gleichzeitig hohe Spenden für wohltätige Zwecke an den Oberbürgermeister abführten. Einer der Verteidiger führte hierzu aus: "Es ist doch klar, dass bei diesen umfangreichen Spenden die gelieferten Waren teurer sein mussten, als wenn man sie ohne Spenden gekauft hätte. Es glaubt doch niemand, dass diese Spenden nicht von den Lieferanten in die Preise einkalkuliert werden mussten."

✣ ✣ ✣

Neuer Schienenzeppelin. Im Frühjahr wird der von Dr.Krukenberg in Hannover gebaute Schienenzeppelin fertiggestellt sein. Wie das erste durch die grosse Versuchsfahrt Hamburg-Berlin bekannte Modell wird auch der neue Schienenzeppelin aus Leichtmetall gebaut sein und die bewährte Stromlinienform aufweisen. Die für das erste Modell typische Luftschraube wird bei dem neuen Schienenzeppelin vermutlich fortfallen: das Fahrzeug soll nicht mehr mit einem Benzinmotor mit Propellerantrieb ausgerüstet sein, sondern mit einem modernen hochtourigen Rohölmotor. Bei der Verwendung der Luftschraube gab es bisher grosse Schwierigkeiten bei der Umsteuerung auf den Rückwärtsgang. Da

Der neue Schnellwagen voraussichtlich etwa doppelt so lang sein wird wie der erste, wird er vermutlich für die Räder drei Drehgestelle erhalten. Man rechnet damit, dass der vergrösserte Schienenzeppelin 50 Fahrgästen bequem Platz bietet.

+ + +

Herkules in Halifax. In Lünenburg bei Halifax (Neu-Schottland) hat ein 4 1/2 jähriger Knabe das Gewicht von 100 Pfund erreicht. Das geistig sehr aufgeweckte Kind, dessen Körperkräfte ganz enorm sein sollen, ist 105 Centimeter gross und hat einen Taillenumfang von 82 Centimetern.

+ + +

Bauerntragödie. In Brunwald (Oberösterreich) hat ein Bauer seinen fünf Kindern im Alter von zwei Monaten bis zu acht Jahren den Hals durchschnitten und sich dann die Pulsadern geöffnet. Das Motiv der Schreckenstat war Gram darüber, dass der Bauer vor einigen Tagen eine Kuh zu einem sehr niedrigen Preis an einen anderen Bauern verkauft und deshalb Vorwürfe von seiner Frau erhalten hatte.

+ + +

Abgebranntes Schloss. In Lintach bei Amberg (Bayern) wurde das Schloss des Freiherrn von Fraunberg bis auf die Grundmauern eingeäschert. U.a. wurden wertvolle Kulturdokumente, darunter Urkunden von Kaiser Maximilian, ein Raub der Flammen.

+ + +

Vom Korsischen Bandenkrieg. Das gegen die Banditen auf Korsika kämpfende französische Polizeikorps wurde durch Marinestreitkräfte verstärkt. Ausser den schon früher eingesetzten drei kleinen Kreuzern wurden zwei Panzerschiffe und sechs Torpedoboote mit der Bewachung der korsischen Küste beauftragt.

+ + +

Eine Familie gefoltert. In Lukavatz (Bukowina) drangen des nachts sechs maskierte Banditen in die Wohnung eines Kleinrentners ein und verlangten von ihm mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe einer grösseren Geldsumme, die sich angeblich in seinem Besitze befinden sollte. Da der Rentner versicherte, dass er nur 600 Lei im Hause habe, durchstöberten die Banditen die Wohnung. Als die Räuber nichts fanden, fielen sie über den Rentner und seine Familie her und folterten sie. Mit einer glühend gemachten Kohlenzange wurden der Rentner und seine Frau am ganzen Körper gezwickt und verbrannt. Die drei Söhne, die ihren Eltern zu Hilfe eilen wollten, wurden solange geprügelt, bis sie das Bewusstsein verloren. Nach fast einstündiger Tortour fesselten die unmenschlichen Banditen ihre Opfer und verschwanden. Am nächsten Morgen fanden Nachbarn den Rentner und zwei seiner Söhne tot auf. Auch seine Frau und der jüngste Sohn schweben in Todesgefahr.

+ + +

Eine Architektenfreude. Ein amerikanischer Forstingenieur fand in der kalifornischen Landschaft Humboldt County einen über 100 Meter hohen Mammutbaum, der in einer Höhe von 1,60 Meter einen Durchmesser von 6,60 Meter , in 76 Metern Höhe einen Durchmesser von 4 Metern hat und genügend Holz für die Herstellung von 20 mittelgrossen Häusern geben dürfte.

+ + +

Ein Eierkuchendenkmal. Der Pfarrer der kleinen Gemeinde Mont Saint Michel an der bretonischen Kanalküste hat eine Vereinigung ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, innerhalb Jahresfrist ein Denkmal zu Ehren der in Mont St.Michel verstorbenen Madame Poulard zu errichten. Madame Polard war eine Meisterin der Eierkuchenherstellung, die den in malerischer Weise aus dem Meere aufragenden Klosterberg St.Michel für viele Feinschmecker besonders anziehend gemacht hat.

Gewerkschaftliche Rundschau

Schreckschüsse.

SPD. Die Arbeitgeber drohen. Sie sehen, dass die Oeffentlichkeit sich mehr und mehr vom Lohnabbauevangelium abwendet. Das starke Echo des Alarmrufs des Schlichters für die Berliner Metallindustrie ist ihnen in die Glieder gefahren. Sie fürchten, dass je länger je mehr die Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen den Lohnabbauirrsinn aus der breiten Oeffentlichkeit heraus psychologisch wertvolle Unterstützung erhält. Sie rechnen damit, dass die Regierung unter dem Druck der Lohnabbaufolgen und angesichts der Haltung der Oeffentlichkeit nicht mehr so wie bisher in der Lohnfrage den Abbauforderungen entgegenkommt. Regierung und Arbeiterschaft sollen daher eingeschüchtert werden. Die ersten Einschüchterungsversuche sind bereits erfolgt. Die Kündigung der Arbeitsverträge durch den Zechenverband ist der Haupteinschüchterungsstoss. Ein zweiter Schreckschuss ist die Gesamtkündigung in der Metallindustrie Frankfurt am Main. Auch in der Textilindustrie fehlt es nicht an ähnlichen Schreckmanövern.

Die Ueberlegung der Strategen dieser Einschüchterungsoffensive lautet etwa folgendermassen: Die Regierung kann in diesen Tagen unmöglich grössere Arbeitskämpfe zulassen; denn unter dem Druck der allgemeinen Not und angesichts des Treibens der Terroristen bei den Nationalsozialisten und Kommunisten könnten solche Arbeitskämpfe unter Umständen einen höchst bedenklichen Charakter annehmen. Die Regierung muss eine offene Kraftprobe in einem grossen Arbeitskonflikt verhüten. Man braucht also die Regierung nur durch die Schaffung der Möglichkeit gefährlicher Arbeitskonflikte gehörig unter Druck zu setzen, dann wird sie schon rechtzeitig bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Bergbau und in der Eisenindustrie nachgeben. Und die Arbeiterschaft? Tausende zittern um ihre Arbeitsplätze. Man braucht also nur rechtzeitig das Arbeitsverhältnis zu kündigen und Aussperrungsgefahren heraufbeschwören, dann werden auch die Gewerkschaften zu Kreuze kriechen.

Diese Rechnung ist, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, bestimmt nicht richtig. Gewiss ist die Angst vor Arbeitslosigkeit nicht leicht zu nehmen. Arbeitslosenbrot ist ein schrecklich bitteres Brot. Die Scharfmacher im Arbeitgeberlager übersehen aber, dass heute in der Arbeiterschaft, eben weil der Druck so fürchterlich ist, die Kampfentschlossenheit keineswegs gering ist. Eben weil die Erbitterung der Arbeiterschaft noch nie so gross war wie in diesen Tagen, muss ein offener Arbeitskampf schnell gefährliche Formen annehmen. Die Gewerkschaften haben gewiss infolge der Not, infolge der hohen Unterstützungslasten seit Monaten schwer bluten müssen. Aber ohnmächtig sind sie wahrhaftig nicht. Wer die Gewerkschaften für kampfunfähig hält, kann sehr leicht eines Tages sehr unsanft eines Besseren belehrt werden.

Der Kampf der Arbeiter um ihren Lohn ist heute ein Existenzkampf im wahrsten Sinne des Wortes, ein Existenzkampf auch für den Staat. Und daher muss die Regierung rechtzeitig den Herrschaften, die jetzt nichts Besseres zu tun wissen, als durch Schreckschüsse die Oeffentlichkeit zu alarmieren, rasch klarmachen, dass sie mit solchen Methoden nicht weiterkommen. Es wäre verhängnisvoll, wenn bei der Entscheidung über den Kurs in der Lohnfrage, die im Anschluss an die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates getroffen wird, die Regierung den Eindruck erwecken würde, dass sie vor den Terroristen im Arbeit-

geberlager zurückgewichen ist. Leute, die in einer schon mit Pulverdampf erfüllten Atmosphäre Schreckschüsse abfeuern, verdienen keine Rücksicht.

SPD. Der Tarifkonflikt der Masschneiderei, zu dessen Beilegung am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium Schlichtungsverhandlungen beginnen - man rechnet damit, dass am Sonntag ein Schiedsspruch erfolgt - schwebt bereits seit Monaten. Der Reichstarifvertrag war von dem Arbeitgeberverband zum 31. Juli gekündigt worden, mit dem ausgesprochenen Zweck, das Positionschema, d.h. die Akkordberechnungsgrundlage um etwa 18 % zu senken, nachdem bereits im Frühjahr eine 6%ige Lohnsenkung im Lohnabkommen eingetreten war. Die Arbeitgeber wollen darüber hinaus die Anwendung eines Doppeltarifes tariflich zugesichert haben. Er wird von den Arbeitnehmerverbänden aus tarifpolitischen und arbeitsrechtlichen Gründen abgelehnt.

Die Beweglichkeit im Tarif für die Masschneiderei ist jetzt schon so ausserordentlich gross, dass die Einführung der Doppeltarife nur dem Einzelarbeitsverhältnis jede arbeitsrechtlichen Basis entziehen würde. Der Reichstarifvertrag für die Herrenschneiderei enthält 7 Reichslohnklassen und 11 Städtegruppen. Hinzu kommen noch in jedem Ort mehrere Ortslohnklassen, die im Stundenlohn bis zu 12 Pfennig differieren.

In der Damenschneiderei soll die Entlohnungsbasis nach bestimmter prozentualer Abstufung, die auf Beschäftigungsjahren aufgebaut ist, der Lohnwillkür Platz machen. Neben diesen Lohnbestimmungsfragen wollen die Arbeitgeber auch die Urlaubs- und die Arbeitszeit sowie verschiedene andere Tarifbestimmungen verschlechtern.

Der Schiedsspruch vom 6. August, der von Professor Dr. Brahn gefällt worden war, hatte bis zum 15. November ein Provisorium geschaffen und die Vertragsparteien verpflichtet, die Anträge zum Positionschema zu verhandeln. Die Parteiverhandlungen brachten aber nur ein Teilergebnis, so dass nach den Bestimmungen des Spruchs vom August nunmehr die übriggebliebenen Streifragen vor der Schlichtungsinstanz entschieden werden müssen.

SPD. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes schloss am Freitag seine Beratungen über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ab. Er sprach seine Zustimmung zu dem von Albert Thomas, dem Direktor des I.A.A., ausgearbeiteten Plan für internationale öffentliche Arbeiten aus und beschloss die Einberufung von Wirtschafts- und Finanzsachverständigen zur Beratung der durch diesen Plan gestellten Aufgaben. Die Sachverständigen sollen auch zur internationalen Geld- und Kreditkrise Stellung nehmen, um Wege anzugeben, die zur Ueberwindung der Krise führen können.

Um in dieser für das Weltproletariat so ernsten Zeit eine einheitliche Stellungnahme und ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen, erwog der Vorstand die Möglichkeit der Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zur Beratung der Wirtschaftskrise und ihrer Bekämpfung. Der Vorstand beschloss, bei dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund telegrafisch anzufragen, ob er gewillt sei, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

Nach Entgegennahme von Berichten Jouchaux's und Schevenels über die Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten beschloss der Vorstand, das Sekretariat zu beauftragen, weiterhin die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den in Frage kommenden Ländern zu verfolgen und alle Massnahmen zu ergreifen, um eine grössere Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Nahen Osten herbeizuführen. Weiter setzte der Vorstand die Tagungen für die nächste Ausschussitzung, bezw.

die Konferenz der internationalen Berufssekretariate fest. Sie sollen am 12. März 1932 und den folgenden Tagen in Bern abgehalten werden. Die nächste Zusammenkunft für jüngere Gewerkschaftsmitglieder wird in den Tagen vom 24. bis 30. Juli 1932 in Ucole bei Brüssel stattfinden. Eine Einladung der Sozialistischen Arbeiterjugend-Internationale an das Komitee für Jugend- und Bildungsfragen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Teilnahme am Kongress der Internationale sowie an einer internationalen Aktion zugunsten von Frieden und Abrüstung wurde in zustimmendem Sinne beantwortet. Ein Anschlussersuchen einer Landeszentrale in Holländisch-Indien, die 32 000 Mitglieder zählt, soll in empfehlendem Sinne dem Ausschuss unterbreitet werden.

Die nächste Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes findet am 4., 5. und 6. Januar 1932 in Berlin statt.

SPD. In der Berliner Verkehrsgesellschaft ist durch Vereinbarung die Arbeitszeit des technischen Personals auf 40 Stunden in der Woche - bei Bezahlung für 42 Stunden - herabgesetzt worden.

SPD. Der Entwurf zu einer Vereinbarung über die Neuregelung der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Aerzten wird nicht als freies Abkommen in Kraft treten können. Von den Spitzenverbänden der Kassen haben nur der Hauptverband deutscher Krankenkassen und der (christliche) Gesamtverband den Vereinbarungsentwurf angenommen. Die Innungskrankenkassen, die Betriebs- und die Landkrankenkassen haben ihn abgelehnt.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nun der Reichsarbeitsminister eingreifen.

SPD. Die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zur Reform der Sozialversicherung werden in der nächsten Woche das Kabinett beschäftigen. Vorgesehen sind nicht nur organisatorische Veränderungen, sondern auch Leistungssenkungen. Organisatorisch soll auch bei den Versicherungsträgern durch rein gebietsmässige Zusammenfassung von gleichartigen Kassen eine Vereinfachung durchgeführt werden. Eine Zusammenlegung von verschiedenartigen Versicherungen ist offenbar nicht geplant.

SPD. Ueber die Regelung der Löhne der Reichswasserstrassenarbeiter haben im Verkehrsministerium neue Verhandlungen stattgefunden. Sie führten zur Annahme des von den Notverordnungen vom Juni und Oktober vorgesehenen Abbaus von 4½ %.

SPD. Der freie und der christliche Bergarbeiterverband haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der die Erhaltung der Reichsknappschaft gefordert wird. Sie bitten den Minister, baldigst mit ihnen die Hilfsmassnahmen, die nach dem 1. April 1932 eintreten sollen, zu beraten.

Bergius - Bosch.

Nobelpreis für Hochdrucksynthese.

SPD. Der diesmalige Nobelpreis für Chemie ist auf die beiden deutschen Chemiker Karl Bosch und Friedrich Bergius gefallen. Wenn man hier von Chemie und Chemikern spricht, so werden diese Bezeichnungen den Tatsachen nicht ganz gerecht.

Mit Friedrich Bergius verknüpft sich die Vorstellung der Kohleverflüssigung, der Umwandlung von Kohle in Oel, in Benzin. Den Namen Bosch nennt man im Verein mit dem Namen Haber bei der Herstellung von künstlichem Stickstoffdünger. Ohne den synthetischen, den künstlichen Stickstoff wäre eine Landwirtschaft wie wir sie heute betreiben, ohne weiteres unmöglich; der Nahrungsbedarf für die wachsende Menschheit wäre nicht zu beschaffen. Ohne das Kohleoel müsste sich die Menschheit überlegen, ob sie sich den Luxus des Benzinmotors, der Verbrennungsmaschine, die immer weiter in den Verkehr und in die Produktion vordringt, leisten kann. Mit künstlichem Stickstoff und künstlichem Oel sind erst die Voraussetzungen für eine neue Entwicklung in Wirtschaft und Verkehr gegeben. Beide binden an Stoffe an, die praktisch unbeschränkt vorkommen, an die Luft und an die Kohle. Bei beiden spielt der Wasserstoff eine Rolle, der bei den Kohleölen an den Kohlenstoff angelagert werden muss, bei dem künstlichen Düngemittel an den Stickstoff. Ausschlaggebend ist bei beiden die Technik die Schaffung von Stählen, die den gewaltigen Drucken und den gewaltigen Temperaturen widerstehen. Das ist gelungen.

Sowohl in Bosch als auch in Bergius vereint sich mit dem genialen Chemiker der geniale Techniker. Ihr Hauptwirken liegt auf dem Gebiet der technischen Chemie.

Die Grundsubstanzen der Stickstoffdüngemittel sind Ammoniak und Salpetersäure. Das Ammoniakgas hat in seinem Molekül ein Stickstoffatom verbunden mit drei Wasserstoffatomen. Stickstoff und Wasserstoff stehen uns in beliebiger Menge zur Verfügung, denn 4/5 der Luft besteht aus Stickstoffgas, Wasserstoffgas kann die Technik, abgesehen von den Kosten, schon seit geraumer Zeit erzeugen. Trotzdem war es lange Zeit den Chemikern nicht gelungen, diese beiden Gase miteinander zu vereinigen. Das lag ausschliesslich an dem Stickstoff. Er ist ein äusserst träger Geselle, der jede Verbindung mit dem Wasserstoff auf künstlichem Wege (Synthese) abzulehnen schien. Doch er fand seinen Meister in Haber: Durch gewaltigen Druck von 200 Atmosphären bei einer Temperatur von 400 Grad leitete er ein Stickstoffwasserstoffgemisch über poröses Eisen (Katalysator), dem noch Aluminiumoxyd beigegeben war. Nach dem Prinzip vom "Kleinsten Zwang" zieht es der Stickstoff unter dieser ungeheuerlichen Drangsalierung vor, sich mit dem Wasserstoff zu Ammoniak zu verbinden. Dabei vermindert sich nämlich der Rauminhalt der beiden Gase beträchtlich, sodass der auf ihnen lastende Druck eine Verminderung erfährt. Das den Kontakt verlassende Gas enthält bis 8 Prozent Ammoniak, Die unverbrauchten Gase gehen wieder in die Apparatur zurück.

Mit diesem Laboratoriumsversuch Habers war das Problem, Ammoniak künstlich aus den Elementen zusammen zu fügen, grundsätzlich gelöst. Aber vom Laboratoriumsversuch bis zur technischen Grossverwertung ist noch ein weiter und dornenvoller Weg. Jetzt waren erst noch zahlreiche Probleme durch die Technik zu

lösen, ehe die nötige Grossapparatur geschaffen werden konnte.

Karl Bosch löste die Aufgabe, zuerst auf dem Gebiet des künstlichen Stickstoffes. Welche Schwierigkeiten türmten sich dabei auf! Man hatte mit Temperaturen von 400 Grad zu arbeiten. Diese Temperaturen bedeuten beginnende Rotglut für Eisen. Dazu kam ein Druck von 200 Atmosphären. Unter diesen Bedingungen kennt das leichtbewegliche Wasserstoffgas keinen Eisenmantel mehr. Es durchdringt den dicksten Panzer und bildet dann an den Aussenwänden die hochexplosionsfähigen Knallgasgemische. Bosch konstruierte undurchdringliche Wände, die die beiden Gase so lange gefangen halten, bis sie sich zu dem Ammoniakgas vereinigt haben. Jetzt arbeitet diese Grossapparatur in Oppau und im Leunawerk, gigantisch, ununterbrochen und fast ohne Gefahren für das Leben der dort Beschäftigten. Das gewonnene Ammoniakgas wird an Schwefelsäure gebunden als schwefelsaures Ammonium oder an Salzsäure zu Salmiak oder an Kohlensäure zu kohlensaurem Ammonium. Oder aber es wird mit Luft zu Salpetersäure verbrannt.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten hat der andere Nobelpreisträger, Friedrich Bergius, zu kämpfen gehabt. Ihm gelang die Kohleverflüssigung. Das Problem ist ebenfalls sehr einfach: Unsere Schmier- und Treiböle unterscheiden sich im wesentlichen von der Kohle nur dadurch, dass sie bedeutend mehr Wasserstoff im Molekül besitzen. Zur Ueberführung von Kohle in hochwertige Oele brauchte man also das Kohlemolekül nur mit Wasserstoff anzureichern. Bei diesem Bergin-Verfahren zeigte sich dasselbe wie beim Haber-Boschverfahren: die in der Theorie geradezu kindlich einfachen Prozesse setzten dem Experiment die grössten Widerstände entgegen. Bergius nahm sich die Natur zum Lehrmeister, indem er ihre Methoden nachahmte. Er schle,,te Kohlenstaub, namentlich Braunkohlenstaub, in Oel auf und presste die Paste dann bei einer Temperatur bis zu 500 Grad Wasserstoff unter 100 Atmosphären in die Apparatur ein. Ein Rührwerk sorgt für die Durchlüftung. In dem ersten Druckgefäss bildet sich Pech, in dem dahinter geschalteten entstehen Gas, flüssige Kohle und Restkohle. Wird der Druck in diesen Gefässen vermindert, so destilliert zunächst Gas ab, dann Schmier- und Treiböl und schliesslich Benzin.

Friedrich Bergius hat in der Nähe von Ludwigshafen, ebenfalls wie Bosch bei der Herstellung von synthetischem Stickstoff, mit Hochdrucken und mit hohen Temperaturen gearbeitet. Aber nicht wie Bosch mit Katalysatoren, die Eignung haben, die Zwangsehe entweder zwischen Stickstoff und Wasserstoff oder zwischen Kohle und Wasserstoff zu beschleunigen. Die Versuche, die Friedrich Bergius unternahm, haben auch nicht so geendet, dass sie industriell verwertbar waren. Das ist erst Bosch bei der I.G. Farbenindustrie im Leunawerk bei Merseburg gelungen. Die Produktion von künstlichem Oel im Leunawerk, die von 90 000 Tonnen pro Jahr ausging, soll auf 350 000 Tonnen gesteigert werden. Eine der grossen Schwierigkeiten dabei ist die Herstellung von billigem Wasserstoff. Auch dieses Problem scheint in der Lösung begriffen zu sein. Auf der Internationalen Kohlekonferenz, die Anfang nächster Woche in Pittsburgh eröffnet wird, macht Direktor Grimm von der I.G. Farbenindustrie Mitteilungen über eine direkte Herstellung von Wasserstoff aus Kohle, die jedenfalls auch den Vorzug grösserer Billigkeit hat.

Im grossen und ganzen handelt es sich bei all diesen Fragen um die Synthese mit Wasserstoff und Hochdruck. Die Arbeiten von Bosch und Bergius bilden ein ganz bestimmtes Glied in dieser Kette.

SPD. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt den von ihm errechneten Ermährungsindex für den Monat Oktober 1931 (1926 = 100) mit 83,9 an. Wenn man den amtlichen Ernährungsindex nach den Methoden des Konsumvereins umrechnet, ergibt sich für den amtlichen Ernährungsindex die Ziffer von 85,5.

SPD. Die Pläne einer zwangsweisen Herabsetzung der Zinssätze sind gescheitert. Jetzt tauchen Pläne auf, anstelle der zwangsweisen Konversion die Kapitalertragssteuer auf festverzinsliche Werte wieder einzuführen und aus ihrem Ertrag notleidenden Schuldnergruppen Zinszuschüsse, d.h. also Subventionen zu gewähren. Die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte wurde seinerzeit mit der Begründung aufgehoben, dass sie in Wirklichkeit eine Belastung des Schuldners, also eine Verteuerung der Zinsen darstelle, und bei der beengten Lage des Kapitalmarktes mehr Schaden als Nutzen stifte.

Aus diesem Grunde hat sich auch die Sozialdemokratie mit der Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte abgefunden. Nun wird aber kein Mensch behaupten wollen, dass sich inzwischen die Lage auf den Kapitalmarkt gebessert habe, und es wirkt erst recht eigentümlich, wenn man in einer Zeit, in der man die Senkung der Zinsen anstrebt, nur deshalb, um einigen Wirtschaftsgruppen Subventionen zu gewähren, Massnahmen durchführen will, die in ihrem Effekt auf eine Mehrbelastung des Schuldners hinauslaufen. Insofern freilich, als die Gläubiger der bereits bestehenden langfristigen Schulden von der Kapitalertragssteuer betroffen werden, würde ihre Wiedereinführung auf eine verschleierte zwangsweise Zinsherabsetzung hinauslaufen. Dafür gelten aber die gleichen Bedenken, die gegen die zwangsweise Zinskonversion im allgemeinen sprechen.

SPD. Trotz der Auswirkungen der Kreditkrise konnte die Volksfürsorge in der Zeit von Juli bis September für die Volksversicherungsabteilung (Versicherungssumme bis zu 3 000 Mark) insgesamt 56 112 neue Versicherungsanträge mit rund 22 Millionen Mark Gesamtversicherungssumme sichten, für die grosse Lebensversicherung (Versicherungssumme bis 10 000 Mark) 676 Anträge mit rund 1,5 Millionen Mark Versicherungssumme. Vielfach hält die Furcht vor Arbeitslosigkeit vor der Versicherung ab. Man befürchtet, im Falle eintretender Arbeitslosigkeit die bereits eingezahlte Summe zu verlieren. Die Volksfürsorge hat deshalb Vorsorge getroffen, dass im Falle der Arbeitslosigkeit die Versicherung in eine prämienfreie Versicherung umgewandelt werden kann. Bei Wiedereintritt der Zahlungsfähigkeit kann die Rückkehr zur alten Versicherung beantragt werden.

SPD. Die protektionistischen Kräfte in der englischen Regierung und im englischen Parlament haben sich so weit durchgesetzt, dass das Kabinett beschlossen hat, in den nächsten Tagen ein Antidumpinggesetz einzubringen. Man denkt sich das Gesetz so, dass der Regierung Vollmachten erteilt werden, Zölle auf solche Einfuhren zu legen, die das englische Handelsministerium als Dumping betrachtet.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13.November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 114, II. 104, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: ruhig.

SPD. Die Erörterungen, ob es nicht an der Zeit sei, die deutschen Börsen wieder zu öffnen, haben zugenommen. Es hat allerdings lange gedauert, bis die zuständigen Stellen einsahen, dass an eine Wiedereröffnung der deutschen Börsen nicht gedacht werden konnte, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt waren. Die eine Voraussetzung zielt auf die innere Bereinigung der Börsen, auf die Regulierung aller alten Börsengeschäfte hin, die andere auf dichte Schliessung der Lücken, durch die die ausländische Spekulation im Verein mit der inländischen selbst in den Wochen der geschlossenen Börsen, im sogenannten schwarzen Verkehr, von Tag zu Tag neue Störungen in unsere inoffiziellen Effektenmärkte trug. Nach beiden Seiten sind nun, wie anerkannt werden muss, positive Schritte eingeleitet worden. Ob sie wirklich derart sind, dass, wie die Optimisten meinen, in spätestens 14 Tagen die deutschen Börsen wieder geöffnet werden können, lässt sich sehr schwer sagen.

Vor allem hat man das Zlotyloch gestoppt, durch das ganz gefährliche und umfangreiche Schiebereien tage- und wochenlang gingen, ehe man sich Mitte der Woche entschloss, eine recht energische Ergänzung der für die Effektengeschäfte der Ausländer und Inländer geltenden Vorschriften vorzunehmen. Ausländern ist nunmehr verboten, über ihre, aus Wertpapierkäufen entstandenen Guthaben eigenmächtig zu verfügen, es sei denn, dass es sich um Neuanlagen in deutscher Wertpapieren handelt. Für alle anderen Dispositionen über ihre Guthaben ist die schriftliche Genehmigung der Devisenbewirtschaftsstelle erforderlich. Gleichzeitig wurde für die inländischen Käufe eine ähnliche Bindung geschaffen Inländische Wertpapiere, die ausschliesslich oder wahlweise auf eine ausländische Währung lauten, deutsche Dollarbonds, Svenskaaktien, Aktien der Continentalen Linoleum-A.G., Chadeanteile und dergleichen, die nicht an einer deutschen Börse gehandelt werden, dürfen nur dann - auch gegen Reichsmark - von Inländern angeschafft werden, wenn eine schriftliche Genehmigung vorliegt. Ergänzt werden diese Bestimmungen durch die Ausdehnung der bereits bestehenden Ablieferungspflicht von Devisen im privaten Besitz auf Coupons bezw. ausgeloste oder gekündigte Stücke ausländischer und auf Auslandswährung lautender inländischer Wertpapiere, die an einer deutschen Börse zum Handel nicht zugelassen sind. Mit dieser Abdichtung ist wenigstens ein Grund aus der Welt geschafft, der immer gegen eine Wiedereröffnung der Börsen sprach.

Es kommt darauf an, ob es gelingt, bis Ende November die endgültige Bereinigung in den noch schwebenden alten Geschäften herbeizuführen. Gelingt das, dann erscheint es schon möglich, dass man noch vor Jahresschluss die amtliche Kursnotierung wieder aufnehmen kann. Die Aufnahme der Kursnotierung würde auch den Aktiengesellschaften, die zum Jahresschluss abschliessen, die Möglichkeit geben, ihre Bilanzen aufzustellen. Wir halten die Fertigstellung der Abschlüsse für unbedingt notwendig, damit man endlich ein klareres Bild über die innere Lage in unserer Industrie erhält.

Mit demselben Optimismus, wie man die Börsen nach dem grossen Krach in diesem Sommer aufgemacht hat, soll man aber nicht zu Werke gehen; zeigen doch die ausländischen Börsen nur zu deutlich, wie ungewiss überall die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung beurteilt wird. Kurze Erholungswellen, die ihren Ausgang von den Rohstoffmärkten nahmen, sind von neuen Abschwächungen abgelöst worden. Unter den führenden Börsen neigen Paris, London und New York wieder mehr zur Schwäche. In Mailand und Zürich haben jedoch in den letzten Tagen Spezialbewegungen einen freundlicheren Ton ausgelöst. Aber auch an diesen beiden Plätzen waren es ganz entgegengesetzte Momente, die Anregung dazu gaben, so in Italien die Kunstseidenaktien, in der Schweiz Bankaktien. In London liegen die Aktien der Schwerindustrie besonders schwach, da weder Bergbau, noch Eisen und Stahl von der Pfundentwertung nennenswert profitieren konnten. Die grössten Nutzniesser sind dort bisher die Textilerzeuger. - Für die deutschen Börsen ist erfahrungsgemäss nichts entscheidender als die Stimmungsmeldungen von draussen. Sehr viel wird deshalb also auch davon abhängen, wie weit bis zur Wiedereröffnung die Schuldenfrage wie überhaupt die ganze politische Situation eine Klärung erfahren hat.

Weiter unsicher.

(Berliner Getreidebörse vom 13. November.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag in unsicherer Haltung. Die Grundstimmung war entschieden etwas matter. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten zwar die anfänglichen Preisverluste im weiteren Verlauf der Börse grösstenteils wieder eingeholt werden. Im Handel mit effektiver Ware blieb jedoch der Weizen unverändert, während Roggen etwa 2 Mark niedriger notiert wurde. Das Angebot seitens der Landwirtschaft blieb weiter knapp, jedoch zeigte auch der Handel grössere Zurückhaltung. Die Kauflust der Mühlen ist wieder recht gering geworden. Das Mehlgeschäft ist vollkommen ins Stocken geraten, obwohl die Forderungen der Mühlen für Weizenmehl um 25 Pfennig, für Roggenmehl um 25 bis 50 Pfennig ermässigt sind. Soweit Kaufneigung herrschte, waren die Käufer bestrebt, zu niedrigeren Preisen anzukommen, was indessen die Eigner zum grössten Teil ablehnten. Hafer hatte sehr ruhige Tendenz. Die Preislage war wenig verändert, aber trotz des geringen Angebots bestand keinerlei Kauflust. Auch am Gerstenmarkt herrschte grösste Stille.

	12. November	13. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 225	222 - 225
Roggen	194 - 196	192 - 194
Braugerste	171 - 177	170 - 177
Futter- und Industriegerste	167 - 170	166 - 169
Hafer	147 - 151	145 - 149
Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Roggenmehl	26,90-29,25	26,75-29,00
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 235½-236½ (Vortag 236½), März 245½-246½ (246¾). Roggen Dezember 202-203 (202¾), März 207½-208½ (207¾). Hafer Dezember 157½-158½ (159), März 167½-168 (168½).

Berliner Viehmarkt.

(13. November 1931.)

SPD. Grössere Preisgewinne konnten nur auf dem Hammelmarkte erzielt werden, wo das Angebot knapper war. Die Preisaufschläge bewegen sich im Ausmass bis zu drei Pfennigen. Auf allen anderen Märkten genügte das Angebot. Bessere Preise konnten sich teilweise auf dem Schweinemarkt durchsetzen. Der Aufschlag machte einen Pfennig pro Pfund Lebendgewicht aus. Auf dem Kälbermarkt wurden erstklassige Kälber höher bezahlt.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - (-), b. 240 bis 300 Pfund 46-47 (45-47), c. 200 bis 240 Pfund 44-46 (43-45), d. 160 bis 200 Pfund 41-44 (40-43), e. 120 bis 160 Pfund 38-40, Sauen 38-40 (38-39). Schafe: a. 33 (-), b. 34-35 (31-33), c. 28-32 (26-30), d. 19-23 (16-22). Kälber: b. 53-62 (55-65), c. 35-52 (35-55), d. 20-30 (20-30). Kühe: a. 26-29 (25-28), b. 21-25 (20-24), c. 16-20 (16-19), d. 10-15 (10-15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 13.November 1931.

400 000 Kilometer.x

SPD. "Heute fliege ich meinen 400 000.Kilometer," sagt der Flieger, während er zu dem Mechaniker tritt, der an den Zündkerzen des Motors herumbastelt. Der Apparat steht auf dem Rollfelde des Flugplatzes, dicht vor den Hangars. Die Uhr am Beobachterturme zeigt auf halb elf. Um elf soll der Apparat ausserplanmässig zum Fluge nach München starten.

"Ich gratuliere," entgegnet der Mechaniker, während er sich mit einem Lappen das Öl von den Händen wischt. Der Pilot im braunen Overall wehrt lachend ab "Um Himmelswillen, wünschen Sie mir kein Glück; sonst mache ich heute womöglich noch Kleinholz!" - Er geht um das Flugzeug herum auf die andere Seite, wo zwei Männer damit beschäftigt sind, Kisten aus einem Auto in den Frachtraum des Apparates zu verladen. Nachdem er eine Weile zugesehen hat, geht er langsam nach der Kantine in der grossen Halle und lässt sich eine Tasse Kaffee geben.

Eine merkwürdige Unruhe ist in ihm. Der Teufel mag wissen, was ihm heute in die Knochen gefahren ist! Er fühlt sich benommen, unfrei, wie von einer Gefahr bedroht. Es ist das gleiche scheussliche Gefühl, wie er es damals im Kriege hatte, einen Tag, bevor er verwundet wurde. Ekelhaft! Er schimpft leise vor sich hin, steckt sich eine Zigarette an und pafft sie in hastigen Zügen. Zwischendurch wirft er einen Blick auf die Uhr. "Noch zwölf Minuten," denkt er, und - : "Wenn es nicht schon so spät wäre, würde ich mich krank melden und statt meiner einen anderen heute die Kiste fliegen lassen - - "

Gleich darauf schiebt er den Gedanken ärgerlich beiseite. Lächerlich - sich ohne Grund krank zu melden! Er, der unter den Kollegen wegen seiner Bravour berühmt ist - dem das schlechteste Wetter nichts ausmacht - der über ein schon sprichwörtlich gewordenes Glück auch in den schwierigsten Situationen verfügt - er soll wegen irgendeines unkontrollierbaren Gefühles kneifen? - Ausgeschlossen! Warum soll ihm denn gerade heute etwas zustossen? Abgesehen von ein paar harmlosen Zwischenfällen, aus denen er stets mit heiler Haut wieder herausgekommen ist, hat er in seiner Fliegerlaufbahn doch immer Glück gehabt. Warum also nicht auch heute? Er wird ein übriges tun und besonders vorsichtig sein - und damit Schluss! -

Entschlossen steht er auf. Es fehlen noch fünf Minuten an elf Uhr. Er geht zum Apparat hinaus, neben dem schon der Luftpolizist mit der Startflagge steht

"Alles in Ordnung?" - Der Mechaniker nickt zurück: "Alles klar!" - Mit ein paar Schritten ist der Flieger auf die Klappleiter geklettert und turnt über den Flügel auf den Führersitz. Es ist ein verhältnismässig kleiner Eindecker. Eine bekannte Maschinenfabrik hat ihn gechartert, um eilig gebrauchte Ersatzteile für eine Spezialmaschine nach München zu bringen.

"Fertig?" ruft der Polizist. "Moment noch," erwidert der Flieger. Er schnallt eilig die Gurte, mit denen der Fallschirm befestigt wird, zu. Niemals sonst würde es ihm einfallen, den Fallschirm bei jedem Fluge umzuschnallen - aber heute.... "Fertig," gibt er zurück.

Der Motor springt an. Der Polizist winkt mit der Startflagge. Der Apparat rollt ein Stück über den Platz, springt, fällt wieder zurück, springt nochmals kommt frei und schraubt sich in einer grossen Spirale in die Höhe.

Der Pilot setzt sich zurecht. Er hatdie Hände an den Steuerknüppeln und erprobt mit leisem Anziehen des Höhen- und Seitensteuers die Manövrierfähig-

keit der Maschine. Sie reagiert auf den leichtesten Druck. Die Explosionen des Motors vereinen sich zu einem tiefen Brummen, das bald in ein helles, brausendes Dröhnen aufklingt. Langsam zittert der Zeiger des Höhenmessers von Zahl zu Zahl: 200 - 300 - 400 - 500 - 600 - 700 - 800 - 900 - 1000 Meter. Ruhig und schön liegt die Maschine in der Luft. Nur die Flügel vibrieren leise. Der Pilot wirft einen Blick auf den Kilometerzähler. Er zeigt auf 18 000 - bei 18 300 vollendet er seinen 400 000.Flugkilometer.

Ruhig fliegt die Maschine in fast 1000 Metern Höhe ihres Weges. Die Erde ist zu einem unregelmässigen Mosaik brauner Ackerflächen, grüner Wiesenstreifen und heller Wegbänder zusammengeschrumpft. Da und dort scheinen eine Anzahl rote Kleckse hingetupft zu sein - es sind die Ziegeldächer eines Dorfes, die im Sonnenschein aufleuchten. Der Flieger wirft kaum einen Blick auf den Kompass; die Landschaft unten, die ihm von vielen Flügen her wohlbekannt ist, bietet seinem geübten Auge Orientierungsmöglichkeiten genug.

Er drückt auf das Höhensteuer. Der Höhenmesser klettert auf elfhundert Meter, als der Pilot plötzlich den Kopf lauschend vorbeugt. Was ist das - war da nicht eben ein fremder Ton im gleichmässigen Brüllen der Explosionen? - Gespannt horcht er. - Nichts. Gerade will er sich beruhigt wieder zurücklehnen, da fährt er erneut zusammen. Da - wieder und wieder! Wie der Arzt auf den Herzschlag seines Patienten, so lauscht der Pilot auf den vertrauten Takt des Motors. Er zählt - - da - ein Zylinder setzt aus! Motordefekt! - Krampfhaft überlegt er - das ist doch bald unmöglich; vor zwei Stunden erst ist alles nachgesehen worden. Ob es am Brennstoff liegt? - -

Immer häufiger werden die Pausen; immer ungleichmässiger wird der Gang des Motors. Jetzt fallen schon zwei Zylinder aus. Also Notlandung! Der Pilot sieht zur Erde. Unten sind Wiesen und Äcker, das geeignetste Landungsterrain. Der Höhenmesser zeigt 900 Meter; die Maschine fällt. Leise flucht der Mann vor sich hin. "Verdammt - der Motor - - springt an - setzt aus - springt wieder an - setzt wieder aus - - - Ach was, Gas weg, damit es keine Explosion....." - In diesem Augenblick schiesst eine helle Flamme aus dem Motor - ein kurzer, scharfer Knall; dann noch eine Explosion - dumpf - sprengend - - - Eine Wolke heissen, dichten Qualms schiesst dem Piloten ins Gesicht und versengt ihm die Haut. Er schreit auf. - Mit dem letzten Rest von Besinnung hakt er den Gurt auf, schwingt sich über den Rand des Sitzes und reisst an der Leine des Fallschirms. Sekundenlang fällt er ins Bodenlose - eine würgende Übelkeit schiesst ihm in den Hals - dann ist es, als ob eine mächtige Faust ihn gewaltsam hochrisse - der Fallschirm hat sich geöffnet.

Zehn Minuten später steht der Pilot wohlbehalten neben den rauchenden Trümmern des Flugzeuges. Der Apparat ist vollständig zerstört. Der Fuss des Fliegers stösst an etwas Hartes. Gedankenlos hebt er es auf und wirft einen Blick darauf. Dann erblasst er. Er hält den herausgerissenen Kilometerzähler in der Hand. Das Instrument zeigt die Zahl 18 300.....

Walter Schirmeier.

Brandgeruch des Orients.*

SPD. Das einzige Hotel in Lom (Bulgarien) war besetzt, denn heute Abend war der Donaudampfer angekommen. Wir legten unsre Mäntel auf die breiten, zusammengerückten Tische der blaugetünchten Gaststube und wärmten uns Rücken an Rücken. Während wir unsern Schafkäse und das harte Brot kauten, machten wir uns miteinander bekannt in dem kuriosen Balkanfranzösisch, das zwischen Budapest und Saloniki mit einem stark zum Jiddischen tendierenden Deitsch um die Rolle des ausgleichenden Esperanto rivalisiert.

Er war einer jener alten zaristischen Offiziere, die man auf dem ganzen Balkan trifft. Verarmt, aber je mehr ihnen der Hunger bittere Linien in das

einst fröhliche und vielleicht gedankenlose Gesicht grub, umso mehr kehren sie mit einer sanften Koketterie die auch im Zivilleben geltenden militärischen Tugenden heraus. Sie sind in all ihrer erbärmlichen Abgerissenheit charmante Kavaliere, zelebrieren inmitten bäuerlicher Formlosigkeit einen barock gespreizten Adel der Manieren. Wiw gerupfte Pfauen stolzieren sie über den Hühnerhof des Balkans.

In dieser Nacht erzählte mir der Oberst Alexej Gregorewitsch Sostschak, während unsre Zigaretten in die Dunkelheit glühten, mit leiser Stimme die seltsamen Abenteuer seines Lebens. Die blaugetünchte Gaststube, die erfüllt war von den tiefen Atemzügen bulgarischer Bauern, die mit aufgerissenen Mündern auf den Wandbänken schliefen, die Lammfellmütze ins Gesicht geschoben, weitete sich zu den lichterstrahlenden Sälen von Zarskoje Selo, und die glanzvollen Gesellschaften der Romanoffs glitten gespenstisch vorüber, beschworen von der leisen, gebrochenen Stimme neben mir. Bis sich die einsamen Schneefelder der Ostfront vor den Glanz schoben, der Geruch von Blut und Rauch die Szenerie erfüllte. Dann aber hob sich der Vorhang über den dramatischen dritten Akt dieses Lebens: Wilde Tage in Petersburg. Marschierende Arbeitermassen über den Newski-Prospekt - rote Fahnen. Abenteuerliche Flucht, versteckt in den Heubergen eiliger Panjewagen - den Herzschlag im Halse. Neue Sammlung unter Wrangels Kommando. Noch einmal flackerte dieses Lebensflämmchen auf, und bei den Geschichten von den Kämpfen um Südrussland gewinnt diese rissige Stimme wieder an Kraft. Die gichtige Hand hat befehlerische Gesten. Doch dann ermatten Ton und Bewegung vollends. Die Stimme erzählt nur noch brockenweise, verstummt schliesslich ganz.

Ein Leben, von der Brandung der Geschichte an den Strand geworfen. Ein Leben, das Gleichnis, das Symbol wurde für seine Klasse. Aber es ist schon zu morsch und zu barock, um noch als Baustein für die neue russische Welt brauchbar zu sein.

+ + +

In die nackten Fenster fällt der erste bleiche Schein der Dämmerung. Die dunklen Schatten auf den Bänken regen sich und gähnen laut den jungen Morgen an. Steifbeinig klettert der Oberst vom Tische herunter. Er ist wieder ganz Kavalier, draussen an der Pumpe, wo zwei verschlafene Frauen mit zersträhntem Haar ihren Waschlappen anfeuchten. Ueberlegen und befehlshaberisch streift sein Blick über die Bauern hinweg, die zur Türe hinausdrängen. Sie lassen ihm seinen geborstenen Stolz; sie wissen, dass es das Einzige ist, was er noch besitzt. Nachher werden sie ihn doch an ihren Frühstückstisch laden.....

Gelb liegt draussen die Strasse in der Sonne. Der Frühwind wirbelt den feinen Mehlstaub hoch, der das wahre Kennzeichen des Orients bleibt. Die Nase erschnuppert seinen brandig scharfen Geruch. Darin mischen sich die Ausdünstungen der Tiere und Menschen mit dem sengigen Dunste verbrannten Strohs und Lehms. Das gehört so sicher zum Orient wie das Virginia-Aroma zum Londoner Nebel, der Dunst von Asphalt und Benzin zu Berlin und der Geruch von Teer, Tang und Oel zum Hamburger Hafen. Wenn man jenen Mehlstaub wieder zwischen den Zähnen spürt und bei langen Fahrten über Land aus den Augen wischen muss, wo er sich brennend und beizend einnistet, dann erst ist man wieder wahrhaft in dieser Welt, die Abgründe, die Geschichte und Kultur gruben, vom Norden trennen.

+ + +

Der gelbe Lehmweg vor der Türe windet sich vom Bahnhof und Fluss bis zum weitläufigen Marktplatz. Gemächliche Ochsenkarren mit Maisfuhren knarren vorbei an uns und an dem lächerlichen Durcheinander von Häusern und Hütten, das sich Stadt nennt. Wie aus einem Baukastensortiment scheint alles regellos über das Gelände ausgeschüttet zu sein. Dazwischen stakte ein spassiger Geist nach unerfindlichem Plane lange, nackte Telegraphenpfähle, die windschief, scheinbar zwecklos und verdrossen aufragen. Kurz vorm Marktplatz hat ein Getreidehändler seinen Maisvorrat auf der Erde zum Trocknen ausgebreitet. Die Ochsengespanne biegen sorgsam aus vor dem goldgelben Felde, das Hunde und Kinder interessiert anschauen.

Und doch ist die weltabgewandte Ruhe dieses Stadtantlitzes trügerisch. Stehen da nicht an den Ecken, vor dem Friseurladen und unter den kümmerlichen Ulmen des Hotels erregt diskutierende Gruppen? Bauern in ihrem selbstgesponnenen Zeug, die Hose unten mit Lappen umwickelt, schnabelige Opanken an den Füssen? Dazwischen städtisch gekleidete Männer? Sind die Gesten der Hände nicht lebhaft, nicht neftig, die Mienen nicht wach und erregt?

Es ist das ewig gleiche Thema, von dem der sich in die Vergangenheit zurückträumende russische Oberst nichts weiss, das aber unsre Nachtgenossen auch im Schlafe nicht verliess: Die Not der Bauern! Wohl stehen im Bahnschuppen fabrikneue Dreschmaschinen und Motoreggen aus Deutschland und Ungarn, aber wer gibt Saatgetreide, wer gibt den eisernen Pflug für das harte Erdreich? Die Bauern, wie sie dort stehen, mit ihren grossen, zerarbeiteten Händen, keuchten auch in diesem Frühjahr hinter dem erbärmlichen Holzpfluge, der ärgerlich über jeden Hindernis springt und nicht in den Boden eindringt, die unverbrauchten Erdschichten auch nur anzuritzen.

In die halblauten Gespräche mit den Abgeordneten, die von Sofia herüberge kommen sind, lärmt jetzt der rhythmische Schritt marschierender Soldaten. Die Sonne blinkt in den grossen ovalen Kokarden, auf den blanken Schlössern der Gewehre und auf dem schwarzen Lack der hohen Stiefel des begleitenden Leutnants. Argwöhnisch mustern Leutnant und Gendarm im Vorbeimarsch die gestikulierenden Gruppen. Stumpf sind die braunen Gesichter der Rekruten.

Durch alle Umherstehenden fährt diese Begegnung wie ein Schock. Denn die Erinnerung an die blutigen Bauernkämpfe von 1921 ist noch wach. Auch damals stand Soldat gegen Bauer. Auch damals waren es die gleichen Nöte, die dem Staa te gegen die Revoltierenden, dem Bürger gegen den Bauern die Waffe in die Hand zwangen.

Die gemächliche Ruhe dieser Landstädte ist trügerisch. Der russische Ober stolziert auch hier über einen unruhigen, vulkanischen Boden, dem er doch gerade zu entfliehen glaubte. Und die sichere Ordnung, die der laute Pfiff des fah planmässig einlaufenden Zuges verkündet, ist schnell umgeworfen.

Brandig ist der Geruch des Orients.....

Heinrich Braune.

Aus Nacht wird Tag.[x]

Berlin steckt seine Lichter an.

SPD. Die Kleinigkeiten des Lebens, über die wir uns kaum je einen Gedanken machen, werden zu wichtigen Problemen, wenn sie sich ins Unermessliche summieren. Wenn es dunkel wird, dann dreht oder knipst oder steckt man sein Licht an. Aber wann wird es eigentlich dunkel?

Wer nicht gerade in der Tretmühle des Betriebes, am laufenden Bande der Arbeit steht, sondern sich auch einmal eine Atempause von ein paar Minuten gönnen kann, der hält vielleicht gerade in diesen Augenblicken der Dämmerung mit seiner Beschäftigung ein kleines Weilchen inne und blickt in den werdenden Abend, in diesen seltsamen Uebergang von Tag zu Nacht, die geheimnisvolle bla Stunde aus romantischer Zeit, die uns Gehetzten zu kurzen Minuten geworden ist Und dann steckt man die Lichter an und arbeitet weiter.

Aber wer kann sich selbst diese kurzen Minuten stiller Beschaulichkeit noc gönnen? Vielleicht ein paar Einzelne, doch die Gesamtheit schon lange nicht mehr. Und im Getriebe einer Stadt gibt es keine freie Sekunde. Die hunderttausend Lichter, die die Stadt Berlin ansteckt, müssen in dem Moment aufflammen, in dem der helle Tag der Dunkelheit weicht. Ein Kinderspiel ist's eine Lampe anzustecken. Ein Problem, hunderttausend Lampen aufflammen zu lassen. Geschieht das eine Minute zu früh, dann kostet das eine Menge Geld. Eine einzelne Lampe verbrennt in einer Minute eine kaum berechenbare Winzigkeit Strom oder Gas.

Multipliziert man das aber mit hunderttausend, dann kommt schon eine erkleckliche Summe heraus. Und flammt die Strassenbeleuchtung eine Minute zu spät auf, dann stockt der Betrieb, der Pulsschlag des Verkehrs wird gehemmt, Autos und Wagen stossen zusammen, Menschen können verunglücken. Wann also steckt eine Stadt, wann steckt Berlin seine Lichter an? Ein ernstes Problem! Bis vor anderthalb Jahren geschah das in Berlin genau so, wie es auch heute noch in anderen Städten geschieht. Man hatte einen hundertjährigen Brennkalender, der allerdings des öfteren überholt wurde. Nach dem Sonnenuntergang und den allgemeinen, durchschnittlichen Witterungseinflüssen wurden die Zeiten errechnet, zu denen automatisch in allen Gas- und Elektrizitätswerken die Strassenbeleuchtung eingeschaltet wurde. Aber je grösser eine Stadt ist, desto ungeeigneter ist dieses Verfahren, und in Berlin wurden die Verhältnisse immer unhaltbarer. Einmal war der Himmel klar und hell. Die Lichter brannten schon am hellen Tage, und die Bürger schrien Zeter und Mordio, schrieben an die Stadtverwaltung und die Zeitungen: für unser Geld dreht ihr am hellen Tage die Lampen an. Dann wieder einmal lag ein Gewitter über der Stadt, es war stockfinster, aber kein Mensch liess die Strassenbeleuchtung aufflammen, weil dieser Fall im hundertjährigen Brennkalender nicht vorgesehen war.

Da baute man die Lichtwarte.

Mitten in Berlin, im Wedding, steht dieser Turm. Vierzig Meter ist er hoch. Ueber einem Elektrizitätswerk erhebt er sich. Die Spitze ist aus Glas, und in diesem Glaskasten sitzt ein Mann, der, genau wie der Ausschauposten auf einem Schiff in seinem Mastkorb nach entgegenkommenden Schiffen späht, so die hereinbrechende Dunkelheit erwartet. Aber er muss dazu nicht über unsern Häuptern ringsum den Horizont abschauen und gibt seine Befehle zum Aufflammen der hunderttausend Berliner Strassenlampen nicht aus der Tiefe seines Gemütes. Im Zeitalter der Technik ist auch diese Aufgabe leichter gemacht. An einem kleinen Tische sitzt der Mann - ein Monteur kann diese Aufgabe erledigen - und arbeitet an dem Luxmeter. Man misst die Helligkeit und also auch die Dunkelheit nach Luxeinheiten, und mit diesem Apparat lässt sich das auf einfache Weise genau feststellen. Eine kleine Lampe glüht neben einem drehbaren Streifen, der immer dunkler wird. Das Licht der Lampe und die Farbe des Streifens müssen übereinstimmen, und an einer mitgehenden Skala kann man die Luxeinheiten ablesen.

Wenn die Dämmerung sechs Lux erreicht hat, dann dreht sich der Mann um und bedient einen Schalttisch, der hinter ihm steht. Dreissig kleine Hebel legt er um. Sie geben den siebenundzwanzig Berliner Gaswerken und den drei Elektrizitätswerken die Nachricht und das Kommando, die Strassenbeleuchtung einzuschalten. Unter den Schalthebeln sind kleine rote Lampen, die aufflammen: das Zeichen, dass die einzelnen Werke die Meldung bekommen und die Strassenbeleuchtung automatisch eingeschaltet haben. Dann steigt der Mann herunter, verrichtet seine übrige Tagesarbeit und kommt erst kurz vor der Morgendämmerung wieder, um das Zeichen zum Ausschalten zu geben.

Bis vor kurzem steckte man schon bei acht Lux alle Lampen an. Jetzt ist man aus Ersparnisgründen dazu übergegangen, das erst bei sechs Lux zu tun. Zwei Lux machen in den Zeiten der Dämmerung etwa drei Minuten aus, und auch schon damit wird allerhand gespart.

Die Lichtwarte hat jedoch dem hundertjährigen Brennkalender nicht etwa den Todesstoss versetzt. Er existiert neben ihr weiter, aus Gründen, die die finanzielle Abrechnung erleichtern. Die Kosten der Strassenbeleuchtung werden nach dem hundertjährigen Brennkalender im Voraus errechnet. Und der Mann auf der Lichtwarte schreibt jedesmal die Differenz auf, die sich nach seiner Messung ergibt. Manchmal werden gegenüber dem Kalender die Lampen früher ein- und ausgeschaltet, meistens jedoch etwas später. Dann braucht man nur noch diese positive oder negative Differenz von der Brennzeit nach dem Brennkalender abzuziehen und kann schnell die Kosten errechnen, die der Stadt erwachsen.

Die weiteren Ersparnismassnahmen der Stadt in der Strassenbeleuchtung interessieren den Mann in der Lichtwarte nicht. Die gehen nur die Leute in den

Schaltwerken etwas an. In den Zentralschaltwerken werden zwar alle Lampen des betreffenden Bezirkes automatisch gleichzeitig eingeschaltet, doch trotzdem kann man von den Werken aus jede einzelne Lampe kontrollieren und merken, wenn auch nur eine einzige nicht oder nicht richtig brennt. Hier wird auch bestimmt, welche Lampen ganznächtig, und welche nur halbnächtig brennen sollen. Die Stadt macht es sich bei ihren Einsparungen einfach. Sie sagt lediglich, wieviel Prozent weniger sie zahlen wird. Entsprechend drosselt man die Lampen, die am ehesten entbehrlich erscheinen, ganz oder teilweise ab. "Gewiss," wird einem erklärt, "die Lampen sind eigentlich alle nötig; sonst wären sie ja nicht da. Aber was wollen Sie machen? Die Stadt sagt, es darf nur so und so viel kosten. Und da müssen wir eben abdrehen und abdrehen und abstellen."

Sechs Lux! Berlin, steck Deine Lichter an! Aber manche von ihnen bleiben trotz dieses Kommandos wegen der finsteren Zeiten finster.

Mario Mohr.

Jan Grip.[x]

SPD. Man kann wirklich nicht sagen, dass Jan Grip bei den Fischdampfern beliebt ist. Ordnung muss sein, sogar auf See - aber darum ist Jan Grip doch der grösste Seeräuber aller Zeiten. Darüber ist man sich einig auf den schwarzen Fischdampfern, ob man nun Deutsche hört oder Holländer, Franzosen oder Engländer. Man sieht die grauen, hechtschlanken Rümpfe der Jan Grips - denn es gibt sogar mehrere - lieber am Horizont verschwinden als aufkommen, und für die Kanonen auf Back und Heck hat man schon gar nichts übrig. Darum sagt man wütend und wegwerfend zugleich "Jan Grip" für das, was in den offiziellen Dokumenten und Büchern mit dem geheimrätlicheren Namen "Fischereiinspektionskreuzer" benannt wird.

Jan Grip ist nicht beliebt, am wenigsten dort, wo er am nötigsten ist: an der zerrissenen und ebenso menschenleeren wie fischreichen Küste Islands. Da gibt es ein internationales Abkommen von 1884, in dem sich die Fischereistaaten verpflichtet haben, den Fang in Islands Küstengewässern, innerhalb der Dreimeilengrenze, den einheimischen Kuttern zu überlassen. Schön und gut. Aber wenn der Wind tagelang von der See auf Land stand und die Fische von den Aussenbänken schutzsuchend bis dicht unter die Brandung abwanderten? Dann kannst du mit dem grössten Schleppnetz der Welt ausserhalb der drei Meilen herumgondeln und fängst keine fünf Zentner. Draussen liegst du mit deinem grossen Dampfer, schleppst mit voller Kraft und hast keinen Schwanz im Netz, während unter Land die Kutter das Netz kaum rauskriegen; so voll ist es. Da läuft einem dann das Wasser im Munde zusammen, und es soll vorkommen, dass Kapitän und Steuerleute kurzsichtig werden und eine Meile vom Lande für vier Meilen ansehen.....

Jan Grip aber ist ganz und gar nicht kurzsichtig. Jan Grip hat die ausgezeichnetsten Peilinstrumente an Bord, und Jan Grip stellt erbarmungslos fest, dass eins weniger als drei ist. Jan Grip hat ausserdem die stärkere Maschine an Bord und ist da, ehe man mit dem schweren Netz im Schlepp aus den drei Meilen herausgedreht hat. Und vor allem: die Kanone. Jan Grip schiesst; er schiesst ganz bestimmt, wenn man nicht beidreht. Dann geht's mit dem Fang anstatt nach Hause nach Reikjavik. Das ist Islands Hauptstadt und vielleicht ein ganz schönes Städtchen, wenn man dort nicht gerade als beschlagnahmter Fischdampfer einlaufen muss. Aber Fang, Netz und Patent verlieren und ausserdem noch 20 000 Kronen bezahlen müssen, das kann einem das schönste Städtchen verleiden. Nein, Jan Grip ist wirklich ein Seeräuber.

Gewiss, wenn man unter Island liegt mit ein paar Fieberkranken an Bord, und der olle ehrliche "Zieten", Deutschlands Fischereikreuzer, lässt sich sehen mit seinem Arzt an Bord, dann lässt man sich's schon eher gefallen. Oder

man treibt mit Havarie und der Isländer kommt zufällig, schleppt einen ab oder funkt nach Hilfe - besten Dank! Manchmal hat Jan Grip auch sozusagen Geburtstag. Manchmal, wenn kein einziger Kutter unter Land ist und ein einzelner Dampfer schüchtern am letzten Tage seiner Reise unter Land die Fische wegzuholen sich anschickt, die er in den neun Tagen auf Hoher See nicht kriegen konnte, packt sogar Jan Grip ein menschliches Rühren. Langsam, ganz langsam zieht er heran, lässt es zu, dass der Dampfer abdreht, umkreist ihn wie ein knurrender, aber satter Hund und - fährt weiter, wenn der Dampfer das Land im Heck und seine Nase zur See hinaus genommen hat. Eine Viertelstunde Angst, bis der hechtgraue Kreuzer endgültig seinen Patrouillenkurs wieder aufnimmt, und dann ein Aufatmen: diesmal sehen wir dich nicht, Reikjavik!

Zugestanden, auch Jan Grip, der grösste Seeräuber aller Zeiten, kann ganz menschlich sein. Und eigentlich tut er doch nur seine Pflicht. Und ist nicht nur Seepolizist, sondern auch Arzt, Rettungsdampfer, hilft mit Proviant aus, gibt die Position, wenn man sie im Nebel verloren hat. Eigentlich, eigentlich sollte Deutschland statt der überflüssigen Panzerkreuzer ein paar bessere Fischereikreuzer bauen, für die deutschen Fischdampfer, die unter Island, im Weissen Meer und im Polarmeer um die Bäreninsel einsam und verlassen ohne Funk und fast ohne Rettungsgerät bei Wind und Wetter fischen, tausende von Seemeilen entfernt von jedem Arzt, unter unwirtlicher, klippen- und gletscherstarrender Küste. Fischereikreuzer, die nicht "Jan Grip", sondern "Jan Help" sind.

P.H.Haupt.

SPD. Schweinewirtschaft auf dem Kirchhof.[x] In früherer Zeit lagen die Kirchhöfe fast stets rund um die Kirchen herum. Damals waren sie also nicht so abgesonderte Stätten wie heute und dienten zugleich als Gartenaufenthalt und Kinderspielplatz. Immerhin ungewöhnlich dürfte jedoch der Gebrauch gewesen sein, der in der alten Stadt Rostock, wie die Chronik berichtet, von dem um die Hauptkirche der Stadt, die Marienkirche, gelegenen Friedhof gemacht wurde. Dieser Friedhof hat nämlich wesentlich zum Hüten der Schweine gedient. Gegen diesen unfrommen Brauch gab in den ersten Jahrzehnten des 17.Jahrhunderts ein Prediger an Sankt Marien einen Erlass heraus. Es heisst darin: "...konnte auch ein ernste Verwarnung gegeben werden, dass die Schweine die Totengräber nicht also unmenschlich und unchristlich verwühlen möchten, das wäre auch sehr nütz". - Weiter wird verlangt, dass "Holz, Stroh und Wassertonnen und allerlei Tragen durch Sankt Marien abgeschafft werden möchte." Schliesslich droht auch der Magister, es sollen, wenn das Durchtreiben der Schweine nicht aufhöre, "die Schweine in der Armen Häuser geschickt und daselbst geschlachtet werden. Danach sich menniglich zu richten!" - Vielleicht ist der eine oder der andere Arme auf diese Weise zu einem leckern Schweinebraten gekommen.

SPD. Die süsseste Pflanze.[x] Zwei französische Chemiker, Bridel und Lavielle, haben eine natürliche Substanz gefunden, die 300 mal süsser als Rohrzucker ist und deshalb in Wettbewerb mit verschiedenen Teerprodukten der chemischen Industrie treten kann. Der neue Süsstoff, der nach seinem Vorkommen in der südamerikanischen Pflanze Stevia "Steviosid" heisst, besteht aus einer Vereinigung von gewöhnlichem Traubenzucker mit einer anderen, fast geschmacklosen Verbindung. Vereinigt sind die beiden Stoffe ausserordentlich süss, getrennt noch nicht einmal so süss wie gewöhnlicher Zucker. Die Stevia, die zu Beginn unsres Jahrhunderts zum ersten Male wissenschaftlich untersucht worden ist, erhielt bald den Namen der süssesten Pflanze der Welt; genügt doch schon ein winziges Stückchen dieser Pflanze, um eine Tasse starken Kaffee zu süssen.